

**Wortprotokoll 25. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2023/2027
22. Legislaturperiode****Donnerstag, 7. Mai 2026, 19.00 Uhr
im Rathausaal**

Anwesend	39 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Ricklin
Absolutes Mehr	20
Später eingetroffen	—
Vorzeitig weggegangen	—
Vorsitz	Gemeinderatspräsidentin Elina Müller
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Slavica Stella

Traktanden**Protokollgenehmigung**

1. Protokoll der Sitzung vom 19. März 2026

Einbürgerungen

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Wahlen

- 2.1. Ersatzwahl in die Kommissionen

Informationen

3. Bericht des GPK-Präsidenten

Botschaften

4. Jahresbericht 2025 Stadt Kreuzlingen - Kenntnisnahme
5. Jahresrechnung 2025 der Stadt Kreuzlingen
6. Geschäftsbericht 2025 Energie Kreuzlingen - Kenntnisnahme
7. Jahresrechnung 2025 Energie Kreuzlingen

8. Kreditbegehren für eine Verlängerung der Subvention für den 1-Franken-Bus (Zone 256) für die nächsten zwei Jahre (2027 und 2028) mit einer zusätzlichen jährlichen Kostenfolge von voraussichtlich CHF 920'000.–

Motionen

9. Motion Einführung einer Stellvertreterregelung für den Gemeinderat Kreuzlingen / Beantwortung

Postulate

10. Postulat Stadtbuss Kreuzlingen - Ticketkauf im Bus mit Bargeld / Stellungnahme

Verschiedenes

11. Verschiedenes

Die Ratspräsidentin: Guten Abend liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, liebe Stadträte, liebe Gäste. Zuerst muss ich bekanntgeben, dass Stefan Klauer am 17. April per sofort aus dem Gemeinderat zurückgetreten ist. Ich danke Stefan Klauer herzlich für seinen Einsatz im Gemeinderat und wünsche ihm alles Gute für seine Zukunft. In den Gemeinderat nachgerückt für ihn ist Monika Semeraro, die ich zu ihrer ersten Gemeinderatssitzung herzlich begrüssen möchte. Ich wünsche dir viel Freude und gutes Gelingen in deinem neuen Amt.

Traktandenliste

Die Ratspräsidentin stellt die Traktandenliste mit dem nachträglich hinzugefügten Traktandum der Ersatzwahl zur Diskussion. Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 19. März 2026

Abstimmung

Das Protokoll wird mit 37 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Einbürgerungen

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Die Ratspräsidentin: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

Entscheid

Die Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission werden genehmigt.

Die Ratspräsidentin: Herzlichen Glückwunsch zum Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen. Ihre Gesuche werden jetzt noch vom Kanton behandelt. Bis sie ganz abgeschlossen sind, müssen Sie sich also noch ein wenig gedulden. Schön, dass Sie diesen Schritt gegangen sind und damit bald auch politisch in der Schweiz mitbestimmen können. Bitte nutzen Sie diese Rechte, gehen Sie wählen und abstimmen. Vielleicht engagieren Sie sich sogar in einer Partei. Vielleicht kandidieren Sie irgendwann selbst einmal für den Gemeinderat oder für die Schulbehörde. Wir brauchen eine aktive Stimmbevölkerung, um unsere Demokratie sichern und weiterentwickeln zu können.

Wahlen

2.1. Ersatzwahl in die Kommissionen

Abstimmung

Die Ersatzwahl wird mit 38 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Informationen

3. Bericht des GPK-Präsidenten

GR Gremlich: Wie bereits im letzten Jahr habt ihr meinen Jahresbericht in schriftlicher Form erhalten. Trotz der gut gefüllten Traktandenliste von heute Abend möchte ich aber auf zwei Schwerpunkte kurz eingehen. Zum einen war das die Sitzung vom Juni mit dem Thema Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) Richtlinien im Ressort Berufsbeistandschaft. SR Markus Brüllmann erklärte uns, dass es sich bei der Umsetzung der KOKES-Richtlinien um ein Legislaturziel des Stadtrats handelt. Die KOKES ist eine interkantonale Fach- und Direktorenkonferenz, die unter anderem Empfehlungen zu den Fallzahlen pro Mitarbeitenden abgibt. Während der Sitzung wurde uns detailliert erläutert, dass die immer grössere Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden nicht zuletzt auf die umfangreicheren Berichte der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) zurückzuführen sei und die deshalb beantragten Stellenprozente bei der Berufsbeistandschaft nicht einfach aus der Luft gegriffen seien. Der Ressourcenmangel führe zu einer permanenten Überlastung. Kreuzlingen habe übrigens die zweithöchste Fallbelastung im Kanton. Noch eine kleine Erklärung für jene, denen es gleich geht wie mir, als ich den Begriff KOKES zum ersten Mal gehört habe. KOKES steht für Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz. Das zweite Thema in der Novembersitzung mit dem Thema Open Source, OpenDesk (Software für die Stadtverwaltung) war einiges komplexer. Jedes Jahr führen wir im Herbst bei der Budgetsitzung eine Diskussion über die Lizenzgebühren bei Microsoft 365. Die meisten von uns mit einigen wenigen Ausnahmen, und so ging es auch mir, sind keine IT-Spezialisten. Deshalb ist es für uns auch sehr schwer abzuschätzen, ob eine Open-Source-Software für die Stadtverwaltung die richtige Lösung ist. Mit der GPK-Sitzung, in der uns Stefan Bächli, Leiter IT und Thomas Knupp, Leiter Finanzen, Rede und Antwort standen, habe ich versucht, ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen. Auch andere Städte haben sich schon Gedanken gemacht, auf Open Source zu wechseln, zum Beispiel Zürich oder auch der Bund. Der Bund hat sich 2023 entschieden, auf Microsoft 365 zu wechseln und parallel dazu eine Machbarkeitsstudie auf Basis von OpenDesk veranlasst, das allerdings nur als Notfallbetrieb. Auch der Kanton Bern sieht aktuell noch keine plausible Alternative zu Microsoft 365. Schleswig-Holstein hat sich für einen Wechsel entschieden, es offenbar aber erst nach einigen Monaten geschafft, den E-Mail Server zu migrieren. Auch die Stadt München wollte von Microsoft wegkommen, konnte dies allerdings auch noch nicht ganz vollständig umsetzen, weil gewisse Applikationen leider nur unter Microsoft laufen. Wir sehen also, dass es offensichtlich diverse Überlegungen gibt, um andere Lösungen zu finden, die Umsetzung aber nicht ohne Probleme und ohne grosse Kostenfolgen möglich ist. Grundsätzlich ist die Stadt gemäss Stefan Bächli nicht per se gegen alternative Lösungen, aber Stand heute ist es ohne grosse Kostenfolgen aktuell noch nicht umsetzbar. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sich der Bund wieder vermehrt mit dem Thema befasst – man konnte es in den Medien lesen –, weil ihm die Abhängigkeit doch Sorgen bereitet. Auch da sind allerdings die Meinungen bei den Spezialisten zweigeteilt. Wir sehen also, dieses Thema wird uns auch in Zukunft weiterhin beschäftigen. Zu den anderen Themen aus dem Bericht: Alles, was wir veröffentlichen durften, ist im detaillierten Bericht erwähnt. Ebenfalls sind die Protokolle einsehbar, dies stets gestützt auf das geltende Amtsgeheimnis des kantonalen Öffentlichkeitsgesetzes sowie des kantonalen Datenschutzgesetzes. Ich möchte an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen der GPK für ihre wertvolle Mitarbeit recht herzlich danken, auch wenn die einzelnen Themen manchmal schwere Kost waren. Nicht zuletzt gilt der Dank auch unserer Aktuarin Janine Benz für ihre tatkräftige Unterstützung.

GR Schulthess: Ich kann es nicht lassen, zu diesem Thema etwas zu sagen, obwohl man eigentlich eine Stunde Zeit haben müsste, um etwas zu IT, Migrationen, Open Source und Microsoft zu sagen. Das Lock-in, das in der Fachsprache bedeutet, dass man bei einem Anbieter gefangen ist, ist von der Stadt bzw. von den IT-

Verantwortlichen natürlich selbstverschuldet. Wenn man einmal auf einem SharePoint-Server sitzt, kommt man dort kaum noch heraus, weshalb so ein Migrationsprojekt dann recht langwierig und teuer werden kann. So war es auch in München. Allerdings ist das Beispiel München ziemlich abgegriffen, denn das war 2003, also ewig her. Ausserdem sollte man es genauer anschauen und nicht das Problem eines IT-Projekts einer Migration mit lizenztechnischen Sachen verwechseln. Wie gesagt, ich möchte an dieser Stelle nicht zu lange werden. Fakt ist, wir sehen es auch heute in der Rechnung wieder, die Firma Microsoft nimmt uns aus wie eine Weihnachtsgans. Und zwar dieses Jahr und auch nächstes Jahr. Weil ihr in diesem Geschäftsmodell gefangen seid, wissen die ganz genau, dass sie Jahr für Jahr mit dem Lizenzpreis machen können, was sie wollen. Wie ich in der letzten Ratssitzung bereits erwähnt habe, gibt es auf Bundesebene eine Untersuchung gegen die Firma Microsoft. Die Wettbewerbskommission hat sich dem angenommen und gesagt, dass es so nicht weitergehen kann. Was mich ein bisschen gestört hat, damit komme ich zurück auf den Jahresbericht des GPK-Präsidenten, man hat nicht schön aufgetrennt zwischen Office-Applikationen (Office 365) und Fachapplikationen. Auf der Seite der Fachapplikationen ist es recht schwierig, eine Migration bestehender Systeme zu machen, aber auf der Office-Seite ist es eine Willensfrage. Das hat man in diesem Sitzungsprotokoll ein bisschen bunt vermischt. Letztlich möchte ich an dieser Stelle wiederholen, dass die Firma Microsoft für das Geld, welches sie bekommt, auch eine relativ schlechte Leistung bietet. Ich wiederhole mich, ich weiss, aber der offen gelegene Microsoft Key, weshalb theoretisch alle städtischen Daten und alle städtischen Mails offen im Internet lagen, wozu Microsoft nicht von sich aus gesagt hat, dass es so ist, auch nicht, woran es liegt, sich dafür auch nicht entschuldigt hat, ist qualitativ recht fragwürdig. Aber das ist Vergangenheit. Ich würde das bei zukünftigen Auftragsvergaben einfach beachten. Oft heisst es, es gebe keine Alternativen. Früher– ich weiss, man sollte nicht von früher sprechen – ist man ohne Office 365, nämlich mit einem normalen Office auch sehr gut zurechtgekommen. Abschliessend noch zum Pricing. Die Diskussion in der Kommission war, ob wir es bei der Softwarefirma kaufen müssen, bei der wir es jetzt kaufen, weil es dort am günstigsten ist. Ich nenne hier den Namen der Softwarefirma nicht, welche euch die Lizenzen verkauft. Aber der Punkt, warum es am billigsten ist, ist wie beim Teppichhändler. Diese Softwarefirma sagt, wir geben euch die Lizenzen zum Einkaufspreis, aber wir nehmen eine Management Fee von CHF 24'000. Merkt ihr etwas? Jeder, der selbst einen Betrieb hat, weiss, dass man etwas zum Einkaufspreis geben und dafür sonst irgendwo eine Gebühr nehmen kann. Dass es so am günstigsten ist oder gar nicht anders geht, wage ich zu bezweifeln. Schlussendlich ist man auch dort in einem Lock-in. Die Firma Microsoft zuoberst sagt nämlich ihrem Large Area Reseller, welchen Preis sie machen dürfen. Die schauen schon, dass der Richtige den Auftrag bekommt, denn sie machen oben den Preis rückwärts. Von dem her ist man auch da weiterhin gefangen, bis man den Willen aufbringt, das Gefängnis zu verlassen.

Botschaften

4. Jahresbericht 2025 Stadt Kreuzlingen - Kenntnisnahme

Eintreten ist obligatorisch.

(Keine Wortmeldungen)

Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.

5. Jahresrechnung 2025 der Stadt Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

GR Andres, Präsident FRK: Gern berichte ich aus der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission. Wir haben die Rechnung der Stadt Kreuzlingen an unserer Sitzung vom 23. April 2026 besprochen. Das Gesamtergebnis in der Erfolgsrechnung zeigt statt eines budgetierten Defizits von CHF 3.1 Mio. erfreulicherweise einen Gewinn von CHF 2.5 Mio. Die Stadt hat also um CHF 5.6 Mio. besser abgeschlossen als budgetiert. Aus

betrieblicher Tätigkeit schliesst die Stadt bei einem budgetierten Defizit von CHF 5.6 Mio. mit einem Gewinn von rund CHF 112'000 ab. Hauptgrund dafür sind mehr Steuereinnahmen von rund CHF 4.2 Mio. Ein Teil davon ist auf das Aufholen des Veranlagungsrückstands zurückzuführen. Investitionen konnten ohne zusätzliches Fremdkapital finanziert werden. Bei der Investitionsrechnung ergeben sich Nettoinvestitionen von CHF 17.8 Mio. Das sind rund CHF 3.4 Mio. mehr als budgetiert. Die Abweichung ist auf die Verschiebung von Investitionen vom Jahr 2024 auf das Jahr 2025 und auf noch ausstehende Kantonsbeiträge zurückzuführen. Die ausstehenden Kantonsbeiträge wurden von der Revisionsgruppe in dem Sinn kritisiert, als dass es sich beim Vorgehen des Kantons um reine Budgetkosmetik handelt. Die Stadt Kreuzlingen weist ein Eigenkapital von CHF 143 Mio. aus und steht somit solide da. Wirtschaftliche Schwankungen können aufgefangen und Investitionen antizyklisch geplant und ausgeführt werden. In der FRK wurde diskutiert, in welchem Ausmass die Mehreinnahmen bei den Steuern nachhaltig sind oder ob sie auf das Aufholen beim Veranlagungsrückstand zurückzuführen sind. Die Stadt wollte sich dabei nicht auf die Äste hinauslassen, mit was in Zukunft zu rechnen ist. Zum Aufholen des Veranlagungsrückstands konnte die Stadt aber aktiv beitragen, indem 58.7 Prozent der Veranlagungen durch das Steueramt selbst vorgenommen werden konnten. Auf der Erlösseite war der einmalige Beitrag des Bundes von CHF 400'000 für die acht Elektrobusse im Agglomerationsverkehr ein Thema. Pro Elektrobus gab es einen einmaligen Beitrag von CHF 50'000, was das Ergebnis in der Rechnung 2025 einmalig verbessert hat. Obwohl die Busse über mehrere Jahre in Betrieb sein werden, hat man sich entschieden, diesen Betrag einmalig zu verbuchen. Ein weiteres Thema sowohl in der Revisionsgruppe als auch in der FRK waren die Nachtrags- und Zusatzkredite. Der Stadtrat hat sich bereit erklärt, daran zu arbeiten und verfolgt das Ziel, dass Nachtragskredite gestellt werden, bevor das Geld ausgegeben worden ist, wobei zu beachten ist, dass es immer Ausnahmen geben wird. Bei nachträglich oder sehr spät eingeholten Nachtragskrediten ist es wichtig, dass, wie von der Revisionsgruppe gewünscht, eine Begründung abgegeben wird. Auf der Ausgabe-seite wurden verschiedene kleinere Ausgabenposten angesprochen, welche von der Stadt nachvollziehbar erklärt werden konnten. Das Prüfungsurteil der beauftragten Firma BDO wird von der Revisionsgruppe geteilt und ist sehr positiv. Die Jahresrechnung der Stadt Kreuzlingen entspricht den gesetzlichen Vorgaben. Dem Finanzamt der Stadt Kreuzlingen wird für die Rechnungsführung ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Die Revisionsgruppe empfiehlt deshalb, die Jahresrechnung 2025 zu genehmigen. Dem schliesst sich auch die FRK an. Wir sind überzeugt von der guten Arbeit der Stadt und empfehlen dem Gemeinderat einstimmig die Rechnung der Stadt Kreuzlingen 2025 zur Annahme.

GR Salzmann: In der Genehmigung einer Rechnung geht es ja nicht nur um das formale Durchwinken von etwas, was wir ohnehin nicht mehr ändern können, sondern es geht auch um die Wahrnehmung der von Art. 18 Abs. 1 der Gemeindeordnung - stipulierten Aufsichtsfunktion des Gemeinderats gegenüber dem Stadtrat und der Stadtverwaltung. Finanztechnisch ist nichts zu beanstanden, weder von der Firma BDO noch von der FRK, deren Revisionsgruppe oder der FDP-Fraktion, nicht einmal von mir selber. Alles bestens und dafür aller besten Dank an die Beteiligten, natürlich vor allem an die Finanzabteilung. Natürlich schreibt der Stadtrat die üblichen Sätze, Wünschbares von Notwendigem zu trennen und sparsam zu sein, ohne dass er ganz konkret schreibt, wo er denn 2025 gespart hat. Und diesen Satz sage ich hier drin jetzt wohl schon mindestens seit zehn Jahren. Vielleicht kommt das irgendeinmal. Besonders erfreulich ist, dass die Investitionen 2025 ohne weitere Bankschulden gestemmt werden konnten. Warum ist das so? Der Stadtrat veräussert Dinge, die der Staat nicht mehr braucht – er hat ein Haus verkauft – und holt somit Cash herein, damit wir bei der Bank nicht zusätzlich Geld leihen müssen. Ich hoffe, dass der Stadtrat diesen Weg weiterführt und nicht Notwendiges veräussert, um das gemäss dem Volk Notwendige (Kult-X, Museen, Bodensee-Arena usw.) zu finanzieren. Weiter so in diesem Thema! Wir bitten den Stadtrat aber um Aufmerksamkeit in folgenden vier Bereichen: 1. Die Kosten für die anerkannten Flüchtlinge haben sich massiv erhöht. Nun wurden wir in der FRK belehrt, dass die anerkannten Flüchtlinge in der ganzen Schweiz die Personenfreizügigkeit geniessen und dort wohnen können, wo sie möchten. Wir sollten aber kein Magnet für Personen werden, welche staatlicher Unterstützung bedürfen. Ich bitte den Stadtrat, darauf ein Auge zu haben und das so weit möglich zu beeinflussen, sofern das überhaupt möglich ist. 2. Wir haben beim Stadtrat ein Departementsprinzip gemäss Art. 59 Gemeindeordnung. Wenn also die Bauverwaltung eine Subvention an ein Museum gibt, wie 2025 geschehen (Beilage B), dann widerspricht das dem Departementsprinzip und damit der Gemeindeordnung. Ich bitte die Bauverwaltung, das zukünftig zu unterlassen. Und für das eigentlich zuständige Departement wäre vielleicht zu überlegen, ob man in zukünftigen Leistungsverträgen festhält, dass in der Stadtverwaltung nur ein einziges

Departement für den Subventionsempfänger zuständig ist. Nichts gegen Subventionen, aber wir haben klare Regeln und Prozesse, damit nicht jeder Stadtrat machen kann, was er will. 3. Das immer wieder angemahnte Thema der Nachtrags- und Zusatzkredite: Es hat solche im Umfang von CHF 905'000, verteilt auf solche Kredite, die der Stadtrat erst im November/Dezember 2025 oder sogar erst im Januar 2026 genehmigt hat, also mutmasslich, nachdem das Geld bereits ausgegeben worden war. Als Stadtrat würde ich mich schon sehr aufregen, wenn ich so nur noch Sachen abnicken müsste, welche die Verwaltung möglicherweise kompetenzwidrig bereits finanziert hat. Es gibt sicher seltene Ausnahmen, die so etwas rechtfertigen, aber nicht in diesem Ausmass. Es macht den Eindruck, die Verwaltung oder der einzelne Stadtrat macht, was er will, und beides wäre nicht gut. 4. Die Subvention an die Wohnbaugenossenschaft von rund CHF 200'000 (Erlass des Baurechtszinses) möchte ich noch erwähnen. In der Stadt Zürich sitzt sogar ein SP-Stadtrat in einer dieser günstigen Genossenschaftsbauten. Die Fehlbesetzungsrate in der Stadt Zürich ist legendär. Also Sozialpolitik mit der Giesskanne. Dass der Stadtrat auf meine Nachfrage in der Kommission, wie solche Fehlbelegungen in der Stadt Kreuzlingen verhindert werden können, antwortet, das sei alleinige Sache der Genossenschaft, widerspricht dem Gebot der haushälterischen Nutzung von Ressourcen. Wir erwarten, dass der Stadtrat die Genossenschaft kontrolliert, um Fehlbelegungen zu vermeiden. Also: Wir fordern eine punktgenaue Sozialpolitik und keine Sozialpolitik mit der Giesskanne. Positiv erwähnen möchte ich den Judoclub, der sein unverzinsliches Darlehen der Stadt zurückbezahlt hat. Bravo! Das nenne ich Eigenverantwortung im besten Sinn. Da die Rechnung korrekt erstellt und das Gebot der Transparenz wie jedes Jahr eingehalten worden ist, stimmt die FDP-Fraktion dieser Rechnung einstimmig zu.

GR I. Semeraro: Das Gesamtergebnis der städtischen Rechnung fällt deutlich besser aus als erwartet und schliesst mit einem Überschuss ab. Budgetiert war ein Defizit. Auch das betriebliche Ergebnis hat sich klar verbessert und weist jetzt einen leichten Ertragsüberschuss aus. Das positive Resultat ist in erster Linie auf höhere Steuereinnahmen zurückzuführen, welche teilweise auf das Aufholen des Veranlagungsrückstands beim Kanton zurückzuführen sind. Gleichzeitig zeigt sich, dass das gute Ergebnis nur bedingt strukturell ist. Ein wesentlicher Teil der Verbesserung stammt nicht aus der laufenden betrieblichen Tätigkeit, sondern aus ausserordentlichen oder schwer planbaren Effekten. Was uns verwundert hat, ist, dass mittlerweile sogar die Einwohnerkontrolle juristische Unterstützung braucht. Wir erwarten, dass bei Nachtrags- und Zusatzkrediten die notwendige Disziplin gewahrt wird. Insbesondere ist es aus unserer Sicht zentral, dass bei überjährigen Nachträgen künftig nachvollziehbar dargelegt wird, warum diese erst verspätet eingereicht wurden. Wir danken allen Beteiligten für die sorgfältige Erstellung des Jahresabschlusses. Die SVP-Fraktion stimmt der Jahresrechnung der Stadt Kreuzlingen einstimmig zu.

GR R. Herzog: Die Rechnung der Stadt Kreuzlingen wird von der SP/GEW/JUSO-Fraktion positiv zur Kenntnis genommen. Bemühungen, möglichst genau zu budgetieren und die Rechnung dann entsprechend dem Budget vorlegen zu können, sind unserer Meinung nach klar erkennbar und eingehalten. Wir haben ein gutes Gefühl. Auch die Revisionsgruppe sowie die Firma BDO als professionelle Prüfer stellen der Stadt wiederum ein sehr positives Zeugnis aus. Abweichungen wurden bereits erwähnt und sind vor allem in den Bereichen feststellbar, die grundsätzlich schwierig zu budgetieren sind. Unter anderem deshalb, weil die Stadt Kreuzlingen beispielsweise bei den Steuererträgen auf Angaben vom Kanton angewiesen ist, die offensichtlich nicht immer in der gewünschten Qualität kommen. Die Probleme, die beim Kanton seit einiger Zeit bekannt sind, namentlich im Bereich der Steuern, zeigen auf, dass es unklug ist, bei gewissen Projekten, zum Beispiel technischer Art, Software, technischen Grundlagen usw. dermassen auf die Sparsbremse zu stehen, dass am Schluss die gewünschte Qualität nicht mehr geliefert werden kann. Wenn der Kanton jahrelang auf eine veraltete Steuersoftware setzt, ist es kein Wunder, wenn das irgendwann nicht mehr aufgeht. Wenn aufgrund dieser Probleme zusätzlich die Arbeitsbelastung des Personals stark zunimmt, werden die entsprechenden Probleme noch offensichtlicher und verstärken sich gegenseitig. Wir sind froh, wenn die Stadt Kreuzlingen auf solche Sachen ein besonderes Auge hat, rechtzeitig die entsprechenden Erneuerungen einleitet und auch dem eigenen Personal entsprechend Sorge trägt. Das zahlt sich langfristig mehrfach aus. Sorgen bereiten der SP/GEW/JUSO-Fraktion die immer klarer erkennbaren und deutlich ansteigenden Folgen der demografischen Entwicklung. Etwas, was ausserhalb des Einflussbereichs der Stadt liegt, unser Budget und die entsprechenden Rechnungen aber seit einiger Zeit und in Zukunft wahrscheinlich noch vermehrt belastet. Ich denke beispielsweise an den Bereich der Pflege. Da sind endlich Lösungsansätze gefordert. Aber das ist nicht ein Aufruf an die Stadt, sondern das ist eigentlich Pflicht von Bund und Kantonen. Insofern mögen jetzt vor allem auch

Kantonsrätinnen und Kantonsräte unter uns zuhören. Abschliessend möchten wir unseren besten Dank für die geleistete sorgfältige Arbeit aussprechen. Ich darf ankündigen, dass die SP/GEW/JUSO-Fraktion der Rechnung geschlossen zustimmen wird.

GR Lorenzelli: Die Rechnung, die wir heute beraten, zeigt, dass die Stadt besser gewirtschaftet hat als budgetiert. Aufwand stabil gehalten, Ertrag gesteigert, in der Summe haben wir das operative Geschäft knapp positiv. Der grösste positive Effekt mit einem Plus von CHF 4.18 Mio. rührt von den Gemeindesteuern her. Das entspricht rund 11.5 Prozent und stammt, wie wir wissen, vom Veranlagungsrückstand. Wir könnten uns eigentlich darüber freuen, aber das hätte auch anders kommen können. Was ich damit zum Ausdruck bringen möchte, ist, dass es nicht vorteilhaft ist, wenn man sich so stark verrechnet. Natürlich ist es schwer abzuschätzen. Wir hätten in der FRK auch gern gewusst, wie man das abschätzen kann und wie lange dieser Nachholeffekt bezüglich der Steuerveranlagungen noch anhält, aber wir haben akzeptiert, dass das praktisch nicht abschätzbar ist. Und wer jetzt danach ruft, Steuern zu senken oder etwas an den Steuern zu ändern, dem raten wir, das besser bleiben zu lassen. Wir wissen nicht, was alles auf die Stadt zukommt. Wir wissen nicht, wie es sich mit der demografischen Entwicklung auswirkt, was GR R. Herzog bereits angesprochen hat. Wir wissen nicht, wie sich die Steuern mit der Individualbesteuerung oder mit dem Wegfall des Eigenmietwerts verändern. Deswegen raten wir dringend davon ab, etwas an unserer Steuerpolitik zu ändern. Wir müssen also mit einer gewissen Unschärfe rechnen. Stattdessen sollten wir uns darauf fokussieren, was der Stadtrat in seiner Botschaft schreibt, nämlich dass wir weiterhin Aufwendungen und Erträge im Gleichgewicht halten. Das Prüfungsurteil der Firma BDO ist positiv. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorgaben. Die Revisionsgruppe stellt der Finanzabteilung ebenfalls ein gutes Zeugnis aus, und die FRK hat die Jahresrechnung ebenfalls einstimmig zur Annahme empfohlen. Ich möchte noch etwas Persönliches hinzufügen. Für mich ist es der erste Rechnungszyklus, an dem ich als Mitglied der Revisionsgruppe in der FRK teilnehme. Mir ist aufgefallen, dass wir da eine sehr komplexe und abstrakte Materie beraten und behandelt haben. Ich frage mich, wie ich das jemandem erklären kann, der nicht damit beschäftigt ist, und ich habe versucht, es meiner Familie, Nachbarn oder Freunden zu erklären. Aber es hat nicht so gut funktioniert. Es ist nicht so einfach, dies zu erklären. Deshalb möchte ich dafür werben, uns zu überlegen, wie wir das Ganze anschaulicher und bildlicher darstellen und erklären könnten. Ich habe es wie gesagt bei meinem Nachbarn versucht. Nach 5 Minuten hat es ihn gelangweilt und ihm fiel gerade ein, dass er seinen Sohn vom Judo abholen muss. Ich konnte ihm dann immerhin erklären, dass die Stadt den Judoclub, die Kita und viel anderes unterstützt. Dafür sind wir eigentlich da. Wir sollten wissen, was wir mit dieser Rechnung machen und wo das alles hinfließt. Die Mitte/EVP-Fraktion wird der Rechnung einstimmig zustimmen und verdankt die Arbeit der Finanzabteilung.

GR Wolfender: Wir von der FL/G/GLP-Fraktion haben die Rechnung eingehend diskutiert und sind zum Resultat gekommen, wieder einmal Schwein gehabt. Dank der ausserordentlichen Steuereinnahmen, die eventuell, man weiss es nicht genau, mit der Aufholjagd des Veranlagungsrückstands der kantonalen Steuerbehörde zu tun haben, sind wir im operativen Bereich mit einer schwarzen Null durchgekommen. Diese tut uns gut und gibt uns ein bisschen mehr Bewegungsfreiheit für all die Projekte, die anstehen. Bei der Rechnung können wir als Gemeinderat bekanntlich, wie GR Salzmann es bereits erwähnt hat, nicht viel herumschrauben. Es ist mehr eine Kontrolle, ob das, was im Budget versprochen wurde, auch eingehalten wird. So haben fast wie jedes Jahr die Nachtragskredite des Stadtrats zu reden gegeben. Und wie jedes Jahr verspricht der Stadtpräsident, sich dieses Themas anzunehmen. Zwar ist eine Entwicklung zum Positiven spürbar, zumindest aus unserer Sicht, und trotzdem sind gewisse Abläufe von aussen manchmal kaum nachzuvollziehen. Die FL/G/GLP-Fraktion ist einstimmig für die Annahme der vorliegenden Rechnung.

GR Schulthess: Die Stadt hat eben nicht, wie GR Lorenzelli es gesagt hat, besser gewirtschaftet, sondern man hat sich aufgrund des Verkaufs von Tafelsilber und vom grossen Nacharbeiten seitens kantonalen Stellen steuerlicher Natur über die Ziellinie gerettet. Das hat nichts mit Ausgabendisziplin zu tun, wie es hier im Vorwort steht. Es ist aus meiner Sicht immer noch keinerlei Ausgabendisziplin sichtbar. Da kann man sich 50 verschiedene Positionen anschauen. Bei der Einwohnerkontrolle hat man ein Budget von CHF 458'000 für Besoldungen, am Schluss sind es CHF 480'000. Das zieht sich durch diese Rechnung hindurch. Natürlich können wir das jetzt nicht mehr ändern, aber wenn man dagegen ein Zeichen setzen möchte, wäre die Position da, dieser Rechnung eben nicht zuzustimmen, und das werde ich mir vorbehalten. Ein Satz noch zu all den Nachtragskrediten – auch letztes und vorletztes Jahr von mir bereits bemängelt: Viele dieser Nachtragskredite sind

keine Nachtragskredite, weil sie weder überraschend sind noch andere Charakteristiken erfüllen. Beraterhonorare von CHF 50'000 sind einfach keine Nachtragskredite. Die sind geplant. Es gibt eine Auftragsvergabe, man sucht sich einen Berater aus. Es ist nicht so, dass irgendwo ein Wasserrohr geplatzt ist, sondern das sind Beraterhonorare, da ist überhaupt keine Überraschung drin. Solche Sachen als Nachtragskredite zu deklarieren, ist nicht in Ordnung. Und wenn etwas nicht in Ordnung ist, sollte man dem auch nicht zustimmen. Ich lade Sie also dazu ein, der Rechnung nicht zuzustimmen.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

(Keine Wortmeldungen)

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Der Jahresrechnung wird mit 38 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zugestimmt und der Ertragsüberschuss auf die neue Rechnung vorgetragen.

6. Geschäftsbericht 2025 Energie Kreuzlingen - Kenntnisnahme

Eintreten ist obligatorisch.

(Keine Wortmeldungen)

Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.

7. Jahresrechnung 2025 Energie Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

GR Andres, Präsident FRK: Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission hat die Rechnung 2025 von Energie Kreuzlingen ebenfalls am 23. April beraten. Auch diese Rechnung ist besser ausgefallen als budgetiert. Man hat mit einem Defizit von etwas mehr als CHF 350'000 abgeschlossen, womit das Ergebnis fast CHF 1 Mio. besser ist als budgetiert. Der Haupttreiber für das gute Ergebnis liegt im Geschäftsbereich der Elektrizität und ist im Wesentlichen auf die Verbuchung von Deckungsdifferenzen aus der Unterdeckung im Netz- und Energiebereich zurückzuführen. Diese haben den Betriebsbeitrag entsprechend erhöht. Die Nettoinvestitionen lagen mit CHF 12.1 Mio. rund CHF 1.8 Mio. höher als budgetiert. Die grösste Investition wurde mit CHF 3.2 Mio. für das Grundstück Sonnenwiese für das neue Betriebsgebäude getätigt, welches als Folge der Volksabstimmung aus dem Finanzvermögen der Stadt Kreuzlingen ins Verwaltungsvermögen von Energie Kreuzlingen übertragen wurde. Nachdem die Stadt Kreuzlingen 2025 eine Finanzstrategie entwickelt hat, wurde in der FRK auch nach einer Finanzstrategie für Energie Kreuzlingen gefragt. Gemäss der Stadt steht die Eigentümer- und Unternehmensstrategie kurz vor ihrem Abschluss. Darin soll auch eine Finanzstrategie enthalten sein. Kritisiert wurde in der FRK, dass dem Fantastical mittels Nachtragskredit nachträglich Leistungen nicht verrechnet wurden, die gemäss bestehender neuer Leistungsvereinbarung durch das Fantastical zu bezahlen gewesen wären. Als intransparent wurde bemängelt, dass Stromproduktion, Stromleitung und Stromhandel im Bereich Elektrizität in einen Topf geworfen werden. Weiter wurde nach den Kosten für die Netzverstärkung für Elektrobusse gefragt. Die Kosten betragen bis heute CHF 331'000 und beinhalten Mittelspannungskabel und eine Trafostation. Aktuell befinden wir uns bezüglich Energieversorgung in einem Umbruch, und es wird ein Energiefonds für das Gasnetz geführt, obwohl dieses Netz in den nächsten rund zehn Jahren aufgegeben werden soll. Mittel- bis langfristig soll dieser Erneuerungsfonds für das Gasnetz nicht mehr weitergeführt werden. Momentan wird dazu ein Papier erarbeitet, welches die Konsequenzen der Stilllegung der

Gasversorgung in allen Bereichen für die Stadt Kreuzlingen aufzeigen soll. In diesem Papier wird auch die Frage berücksichtigt, wie man diesen Erneuerungsfonds umlegen oder auflösen könnte. Dazu sollten mehr qualitative Aussagen bis etwa Ende Jahr getroffen werden können. Thematisiert wurden auch allfällige Auflösungen von Beteiligungen an Energieunternehmen. Ein weiteres Thema war, wie die Rechnungslegung künftig gestaltet werden könnte. Diese soll ab dem Budget und Rechnung 2027 detaillierter erfolgen. Energie Kreuzlingen will künftig Budget und Rechnung detailliert für Strom, Wärme und Wasser zeigen, auch mit einer Aufschlüsselung des Stroms nach Netz, Energie und Produktion sowie der Aufschlüsselung von Gas nach Netz und Energie. Der Finanzplan wird analog zur Stadt für das Budgetjahr plus 5 Jahre gemacht. Auch die Finanzkennzahlen werden erweitert. Da ist also einiges im Gang. Die Firma BDO und die Revisionsgruppe haben auch diese Rechnung geprüft, und auch das Urteil für diese Rechnung fällt sehr positiv aus. Die Jahresrechnung von Energie Kreuzlingen entspricht den gesetzlichen Vorgaben, und auch dem Finanzteam von Energie Kreuzlingen wird für die Rechnungsführung ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Die Revisionsgruppe empfiehlt die Jahresrechnung 2025 von Energie Kreuzlingen zur Annahme. In der FRK gab es auch ein paar kritische Stimmen zur Jahresrechnung von Energie Kreuzlingen. Die FRK hat der vorgeschlagenen Gewinnverwendung mit 6 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt und dem Gemeinderat zur Annahme empfohlen.

GR Neuweiler: Das war das Thema, an dem wir in der FRK am meisten herum kauten und das am längsten dauerte. Wir anerkennen, dass der Abschluss besser ist als von Energie Kreuzlingen budgetiert. Wir anerkennen auch, dass das Umfeld, in dem Energie Kreuzlingen operieren darf und muss, sicher nicht einfach ist. Im Weiteren finden wir auch, dass bei einer Bilanzsumme von mehr als CHF 143 Mio. die Dokumentationen, die uns zur Verfügung gestellt werden, eher dürftig sind. Aber Besserung sollte ja bald erfolgen – so wurde es uns versprochen. Viel hat der FRK-Präsident bereits erwähnt. Was bei uns noch ein bisschen Anlass zu Diskussionen gab, war zum Beispiel der Personalaufwand beim Wasser. Gemäss Seite 5 im Kommentar ist dieser Aufwand stark gestiegen, weil ein zweiter Brunnenmeister eingestellt wurde. Auf die Frage, ob diese Stelle nicht budgetiert worden sei, hiess es: "Doch". Aber wir sind der Meinung, wenn eine zweite Stelle budgetiert ist, dann ist sie im Budget, und wenn sie nicht besetzt ist, ist man unter Budget. Diese massive Überschreitung kann also nicht davon kommen. Iris Kaderli sagte dann, es seien mehr Installationskontrollen erfolgt und sonst sei noch ein bisschen gearbeitet worden. Wir finden einfach, ein Kommentar sollte stimmen und man sollte auch etwas herauslesen können. Damit waren wir nicht sehr zufrieden. Dann zu den Beteiligungen: Wir kaufen den Strom ja nicht mehr über die EKT AG, weshalb diese Anteile demnächst abgestossen werden sollten. Keine Aussagen gab es zu den Beteiligungen bei Swisspower Renewables. Es heisst immer – das haben wir hier schon mehrfach diskutiert –, es werde besser. Jetzt haben wir wieder einen Buchverlust von rund CHF 200'000. Wir haben diese Anteile für CHF 5.2 Mio. gekauft und haben inzwischen einen Buchverlust von CHF 2.2 Mio. Es heisst, es werde besser. Schauen wir mal, ob das stimmt. Bisher hat es nicht gestimmt. Dann noch kurz zu den Nachtragskrediten. Die meisten werden sich an die Budgetdebatte im letzten Jahr erinnern, wo es darum ging, dass Unterstützungen von Vereinen nicht mehr über Energie Kreuzlingen, sondern über die Stadt laufen sollten. Da finden wir es politisch wenig geschickt oder wenig sensibel, wenn man dann noch im gleichen Jahr einen Nachtragskredit über Energie Kreuzlingen laufen lässt. Das hätte, vielleicht mit ein oder zwei Buchungssätzchen mehr, über die Stadt laufen sollen. Das war wenig sensibel. Deshalb sind wir nicht ganz so zufrieden. Das Abstimmungsergebnis bei uns in der SVP-Fraktion fiel mit 3 Ja und 4 Nein aus.

GR R. Herzog: Im Bereich der Energie sind mit verschiedenen Abstimmungen auf verschiedenen Ebenen, unter anderem auch auf nationaler Ebene, Transformationsprozesse beschlossen worden. Solche Transformationsprozesse bringen immer grosse Herausforderungen in technischer Hinsicht, in organisatorischer und natürlich auch in finanzieller Hinsicht. Das spürt Energie Kreuzlingen und das spüren auch wir mit der Rechnung von Energie Kreuzlingen. Einfache Rezepte sind da sicher fehl am Platz. Wir nehmen als SP/GEW/JUSO-Fraktion Energie Kreuzlingen als aktiv, zukunftsgerichtet und strategisch sehr überlegt wahr. Jahre, sogar Jahrzehnte konnten wir uns in der Politik am Stichwort Wachstum orientieren und eine eigenständige Politik des Wachstums verfolgen. Jetzt müssen wir in der Politik zur Kenntnis nehmen, dass wir vermehrt eine Politik des Mangels meistern müssen, ohne damit allzu grosse Risiken einzugehen. Ressourcenmangel, Mangel an politischer, ökonomischer Stabilität, Mangel an Sicherheit, Personalmangel usw. Das bringt natürlich ganz allgemein sehr viel mehr Herausforderungen, als wenn man einfach immer von Wachstum ausgehen kann. Der SP/GEW/JUSO-Fraktion mangelt es aber nicht an Vertrauen in Energie Kreuzlingen. Wir stellen einmal mehr fest, dass seriös gearbeitet wurde. Der ökonomische Spielraum für Energie Kreuzlingen ist

anerkanntermassen sehr beschränkt und wird wohl auch in Zukunft noch enger werden. Daher braucht Energie Kreuzlingen politische Rückendeckung aus dem Stadtrat, aus dem Gemeinderat und natürlich auch aus dem Volk. Wir gewähren als SP/GEW/JUSO-Fraktion Energie Kreuzlingen diesen Support und diese Rücken- deckung gern, bedanken uns für die geleistete Arbeit zu unser aller Wohl und sind jeden Tag froh, wenn wir die nötige Energie, das nötige Wasser und die nötige Wärme beziehen können. Deshalb wird die SP/GEW/JUSO-Fraktion dieser Rechnung einstimmig zustimmen.

GR Lorenzelli: Wir von der Mitte/EVP-Fraktion haben die Rechnung 2025 von Energie Kreuzlingen auch bera- ten, wenn auch nicht so intensiv wie die SVP-Fraktion. Die Mitte/EVP-Fraktion wird dieser Rechnung einstim- mig zustimmen. Wir glauben, es ist eine sehr unaufgeregte Rechnung. Allerdings hätte auch ich mir ge- wünscht, dass sie ein bisschen anschaulicher dargestellt wird. Daher hoffen wir darauf, dass die neue Rech- nungsdarstellung ab dem Budget 2027 besser sein wird. Aufgefallen sind uns die grossen Deckungsdifferen- zen, wobei es sich um Buchgeld handelt und nicht um Geld, welches man ausgeben kann. Eine Art Schulden gegenüber den Kundinnen und Kunden, weshalb das korrekterweise als kurzfristiges Fremdkapital ausgewie- sen wird. Die Firma BDO sagt, das ist alles nach gesetzlichen Vorgaben. Die FRK empfiehlt die Rechnung mit 6 zu 3 auch zur Annahme, und das wird die Mitte/EVP-Fraktion auch machen.

GR Salzmann: Das Stichwort von GR R. Herzog "Politik des Mangels statt des Wachstums" muss ich aufneh- men. Wunderbar. Wie wär's mal mit der Deregulierung? Vor allem im Energiebereich. Wie wär's mit – die ältere Generation kennt es vielleicht noch – Marktwirtschaft. Ich kann das in einer Pause gern einmal ein bisschen ausführen, falls jemand an diesem Thema interessiert ist. Wie wär's mit einer Deregulierung wie in den 90er-Jahren? Wie wär's damit, wenn wir nicht mehr die vierthöchsten Strompreise in Europa hätten und wir die Energiepreise senken könnten? Wunderbar. Das ist eine Steilvorlage. Mangelwirtschaft, sozialistische Mangelwirtschaft im Energiebereich. Zurück zur Rechnung 2025 von Energie Kreuzlingen: Bei der Rechnung des Buchungskreises von Energie Kreuzlingen müssen wir auf die Novembersitzung 2024 zurückschauen. Dort haben wir nämlich das Budget 2025 beschlossen, zu dem wir heute die Rechnung vorliegen haben. Der Ge- meinderat hat dem stadträtlichen Budget 2025 von Energie Kreuzlingen mit einer winzigen Veränderung mit sehr grossem Mehr zugestimmt. Der Gemeinderat hat damals die weitere Ausweitung der Ausgaben für Mar- keting und Öffentlichkeitsarbeit abgelehnt und auf dem Niveau von 2023 belassen. Dafür nochmals besten Dank. Das war mein Antrag, und ich erhielt eine Mehrheit. Super. Und was ist daraus geworden? Das bewegte dann die neue Finanzchefin in der FRK sinngemäss zu folgendem Spruch: Der Gemeinderat hat uns ja das Budget für Öffentlichkeitsarbeit und Marketing zusammengestrichen, daher haben wir beim Stadtrat einen Nachtragskredit beantragt. Diese Mehrheit hat also nichts genützt. Und zwar nicht für Marketing und Öffent- lichkeitsarbeit von Energie Kreuzlingen, sondern für die Subvention für das Fantastical, was übrigens Aufgabe des Departements von SR Moos wäre. Nochmals so ein Beispiel zum Thema Leistungsaufträge. Wir betrach- ten es als Geringschätzung und Missachtung der Finanzchefin, des zuständigen Stadtrats sowie des kreditge- nehmigenden Gesamtstadtrats gegenüber dem Gemeinderat. Die einzige Änderung, die wir im Budget vor- genommen haben, genau die habt ihr wieder rückgängig gemacht. Bei der neuen Finanzchefin kann ich nur sagen: Ein schlechter Einstand, eine solche Haltung gegenüber dem Gemeinderat zu haben. Sehr positiv ist anzumerken, dass Abteilungsleiter Stefan Wehrli sich von den Beteiligungen bei der EKT AG trennen möchte. Dinge, die die Stadt nicht braucht, soll man verkaufen. Bravo! Weiter so. Das ist ein guter Anfang. Bei Swisso- wer Renewables kannst du gleich weitermachen, dort haben wir Millionen Gebührengelder versenkt. Ansons- ten alles ok und Zustimmung der Mehrheit der FDP-Fraktion. Aber auch da gilt weiterhin: Eine Minderheit der FDP-Fraktion kann die Korrektheit aufgrund mangelnder Transparenz der Rechnung – Begründung siehe Protokolle der letzten zehn Jahre – nicht bewerten, und enthält sich deshalb der Stimme.

GR Wolfender: Auch die Rechnung von Energie Kreuzlingen haben wir eingehend diskutiert. Zumindest das, was wir aktuell als Rechnung präsentiert bekommen. Nur dank der umfangreichen Zusatzerklärungen auf PowerPoint hat man eine Chance, ein bisschen hinter die Zahlen zu schauen. Aber wir sehen jetzt ja einen Silberstreifen am Horizont. Bald haben wir mehr Details in der Rechnung und auch im Budget. Die FL/G/GLP- Fraktion stimmt einstimmig für die vorliegenden Zahlen.

Materielle Beratung – Die Rechnung wird seitenweise durchberaten.

Rechnung 2025, Seite 15, Position Werbung und Öffentlichkeitsarbeit

GR Leuch: Zur Position, über die vorhin bereits gesprochen wurde, muss ich ein bisschen relativieren, wovon wir sprechen. Um wie viel geht es, wenn wir die CHF 213'000 ins Verhältnis zur ganzen Summe bringen? Man hat es ausgerechnet. Es geht um 0.003 Prozent der Gesamtsumme von Energie Kreuzlingen. Öffentlichkeitsarbeit und Werbung müssen wir also ein bisschen in einem anderen Licht sehen, wie viel das wirklich ist. Grosser Lärm um fast nichts.

GR Knöpfli: GR Leuch, du hättest nach dem Komma auch noch eine weitere Null einfügen können, es geht trotzdem ums Prinzip und nicht um die Zahl an sich.

Rechnung 2025, Seite 22, Kto-Nr. 14050 Beteiligung Swisspower Renewables AG, Zürich

GR Schulthess: Seit 2017 hat diese Firma CHF 99 Mio. vernichtet. Kreuzlingen ist mit 2 Prozent daran beteiligt, und wir haben auch dieses Jahr wieder eine grössere Wertberichtigung drin. Mittlerweile sind es bereits CHF 2.2 Mio. Ich hätte bei der Prüfung dieser Rechnung eigentlich gern gesehen, wie diese CHF 2.2 Mio. zustande kommen, wo man sie findet und wie sie gerechnet sind. Bei einer Bilanzsumme von CHF 143 Mio. sind CHF 2.2 Mio. eine Zahl. Leider hat man mir das in der Buchhaltung von Energie Kreuzlingen verwehrt. Man hat sich mit Hinweis auf die Geheimhaltung geweigert, die Rechnung der Swisspower Renewables herauszugeben. Ich meine, man ist Anteilseigentümer. Die gesamtschweizerische öffentliche Hand hält 100 Prozent an dieser Firma. Man könnte auch einen externen Jahresbericht herausgeben, doch man hat sich geweigert. Auf das halte ich für einen schwachen Einstand der neuen Finanzchefin. Nach Art. 17 des Geschäftsreglements des Gemeinderats hat der Gemeinderat – jeder von euch hier drin – das Anrecht auf sämtliche Dokumente, die mit einem traktandierten Geschäft im Zusammenhang stehen. In diesem Fall ist das die Rechnung. So gesehen ist es illegal, intransparent und inakzeptabel, dass wir das nicht bekommen. Es ist ein relevanter Teil zur Beurteilung dieser Rechnung. In der Konsequenz werde ich diese Rechnung ablehnen.

GR Salzmann: Gern erinnere ich die Stadtverwaltung daran, dass wir in der Vergangenheit die Rechnungen von Swisspower Renewables erhalten haben. Also bin ich jetzt sehr überrascht über die Aussage der Verwaltung von Energie Kreuzlingen. 2020, 2021 und 2022, als wir dieses Thema bereits einmal sehr politisierten, haben wir diese Rechnungen erhalten. Ich bin sehr überrascht.

GR C. Brändli: Wie ich es verstanden habe, waren das soeben Fragen. Welches sind die Antworten des Stadtrats?

SR Beringer: Ich möchte etwas vorwegnehmen. Ich finde es nicht ganz fair, wenn man Mitarbeitende von Energie Kreuzlingen an einem solchen Ort persönlich angreift. Ich bin als Stadtrat hier, man kann das mir sagen, und ich kann es weiterleiten. Das ist etwas, was mir nicht passt, und das möchte ich hier gesagt haben. Wir haben die Anfrage von GR Schulthess erhalten und mit Swisspower Renewables Rücksprache gehalten. Swisspower Renewables hat uns untersagt, die Rechnung weiterzugeben. Dem haben wir Folge geleistet. Wie ich erfahren habe, wird es zu diesem Thema einen politischen Vorstoss geben. Diesen politischen Vorstoss werden wir sehr gern beantworten. Wir werden das auch in Zusammenarbeit mit Swisspower Renewables beantworten. Sie werden uns dabei unterstützen müssen. Das Resultat werden wir hören, wenn der Vorstoss beantwortet wird.

GR Schulthess: Wenn ihr nicht wollt, dass Mitarbeitende genannt werden, dann müsst ihr halt die Kommunikation in den Griff bekommen. Dann muss der zuständige Stadtrat kommunizieren. Wenn ihr Mitarbeiter kommunizieren lässt, geraten diese auch ins Fadenkreuz. Ich kann euch aber zu ein bisschen Mut einladen. Ihr seid Eigentümer dieser Firma, auch wenn es nur 2 Prozent sind. Euch gehört die Firma, ihr seid keine Bittsteller. Wir sind die politische Aufsichtsbehörde, wir sind auch keine Bittsteller bei Energie Kreuzlingen, sondern wir sind das Aufsichtsorgan, welches die Rechnung prüfen sollte. Und wenn ihr uns Daten vorenthaltet, weil jemand anderes sagt, ich behalte sie euch vor, müsst ihr halt dort auf die Hinterbeine stehen und sagen, dass diese Firma uns gehört. Allen Leuten hier drin gehört diese Firma. Die alle haben eure Arbeit bezahlt. In der Grössenordnung dieser Firma ist es eigentlich ein Wunder, dass der Jahresabschluss nicht auf der Webseite zu finden ist, wo jeder sie abholen kann. Bei einer Durchschnittsfirma dieses Bilanzvolumens wäre das eigentlich der Normalfall.

Rückkommen

GR Christian Brändli: Ich komme nochmals auf Swisspower Renewables zurück. Diese Antwort ist für mich nicht greifbar. Das ist von Swisspower vielleicht fadenscheinig. Daher, es tut mir leid, kann ich dieser Rechnung nicht zustimmen und werde mich enthalten. Ich bitte den Gemeinderat, es auch so zu machen.

Abstimmung

Der Jahresrechnung 2025 von Energie Kreuzlingen wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt.

8. Kreditbegehren für eine Verlängerung der Subvention für den 1-Franken-Bus (Zone 256) für die nächsten zwei Jahre (2027 und 2028) mit einer zusätzlichen jährlichen Kostenfolge von voraussichtlich CHF 920'000.–

Eintreten ist unbestritten.

GR L. Dal Dosso, Präsident BU: Die Kommission Bau und Umwelt hat die Botschaft an ihrer Sitzung vom 21. April vorberaten. Der Stadtrat beantragt, den bestehenden Versuchsbetrieb um zwei Jahre, also 2027 und 2028 zu verlängern. Der Grund liegt nach der Darstellung des Stadtrats darin, dass für eine definitive Beurteilung eine vollständige Datengrundlage nötig ist. Konkret sollen zuerst die Ergebnisse der gesamten dreijährigen Versuchsphase vorliegen. Auf dieser Basis soll anschliessend eine fundierte Botschaft für eine allfällige definitive Einführung der Subvention ausgearbeitet und dem Gemeinderat sowie dem Volk vorgelegt werden. Die zusätzliche jährliche Kostenfolge wird mit voraussichtlich CHF 920'000 beziffert. Zur Erinnerung und zur Ausgangslage: Der Gemeinderat hat 2023 den Versuchsbetrieb für die Jahre 2024 bis 2026 bewilligt. Damals wurde mit deutlich tieferen Zusatzkosten gerechnet, nämlich mit jährlich CHF 388'000. Tatsächlich lagen die Zusatzkosten bereits im ersten Versuchsjahr mehr als doppelt so hoch und 2025 knapp dreimal so hoch wie ursprünglich erwartet und budgetiert. Die Nachfrage nach den vergünstigten Tickets stieg wesentlich stärker als angenommen, entsprechend sind auch die Subventionskosten höher ausgefallen. In der Kommission wurde unbestritten anerkannt, dass der 1-Franken-Bus genutzt wird und bei einem Teil der Bevölkerung offenbar einem Bedürfnis entspricht. Diskutiert wurde jedoch intensiv, wie diese Zahlen zu interpretieren sind. Ein zentraler Punkt war die Differenz zwischen den stark gestiegenen Verkaufszahlen und den weniger stark gestiegenen Fahrgastzahlen in Stadtbuss und Postauto zwischen 2024 und 2025, denn sie waren 2025 weitgehend stabil. Die Verwaltung erklärte dazu, dass die Subventionen die ganze Zone 256 betreffen. Dazu gehören auch die Bahn sowie digitale Ticketsysteme wie EasyRide. Bei der Bahn liegen jedoch keine vergleichbare Fahrgastzahlen vor. Ein weiterer Diskussionspunkt war deshalb die Aussagekraft der vorhandenen Daten von zwei Jahren. Die Verwaltung hielt fest, dass die Verkaufszahlen exakt erfasst werden können, die Fahrgastzahlen aber teilweise auf Zählungen und Hochrechnungen beruhen. In der Kommission wurde entsprechend festgehalten, dass auch künftig eine gewisse Unschärfe bestehen bleiben wird. Gleichzeitig war die Frage, ob mit einer Verlängerung um zwei Jahre eine bessere und tragfähigere Entscheidungsgrundlage für eine spätere definitive Lösung geschaffen werden kann. Politisch wurden in der Kommission unterschiedliche Fragen aufgeworfen. Einerseits wurde betont, dass ein attraktiver öffentlicher Verkehr ein wichtiges Element ist, um den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Andererseits wurde aber kritisch gefragt, wie gross der effektive Umsteigeeffekt vom Auto auf den Bus tatsächlich ist und ob die heutige Subventionsform nicht zu teuer ist und genügend Kostensicherheit bietet. Mehrere Kommissionsmitglieder stellten die Frage, ob statt eines fixen 1-Franken-Tarifs auch andere Modelle geprüft werden sollten, etwa ein höherer Ticketpreis, ein Kostenrahmen oder eine andere Tarifstruktur. Dabei wurde vonseiten des Stadtrats und der Verwaltung erläutert, dass eine kurzfristige Anpassung auf 2027 aufgrund der notwendigen Vorlaufzeiten kaum möglich wäre. In der Tat muss eine Änderung der Tarife für das Folgejahr dem Tarifverbund bereits im August mitgeteilt werden. Bei einer Ablehnung der Vorlage würde der Versuchsbetrieb per Ende 2026 auslaufen, und es würden wieder die früheren Tarife gelten. Ebenfalls Thema war die Spezialfinanzierung Parkierung. Es wurde der Wunsch geäussert, in einer späteren Volksbotschaft die Entwicklung dieser Spezialfinanzierung transparenter darzustellen, insbesondere im Zusammenhang mit weiteren geplanten Projekten im Bereich Parkierung und Mobilität.

Diese Frage wurde nicht abschliessend behandelt, wurde aber als wichtig für eine spätere definitive Vorlage bezeichnet. Zusammenfassend kann man sagen, die Kommission hat nicht nur über den 1-Franken-Bus als solchen diskutiert, sondern und vor allem über die Frage, ob die Verlängerung des Versuchsbetriebs sinnvoll ist, um eine belastbare Grundlage für einen späteren Entscheid zu erhalten. In der Schlussabstimmung hat die Kommission die Botschaft mit 8 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

GR Schindler: Das Kreditbegehren zur Verlängerung der Subventionen für den sogenannten 1-Franken-Bus in der Zone 256 für die Jahre 2027 und 2028 mit jährlichen Kosten von voraussichtlich CHF 920'000 hat uns in der SVP-Fraktion intensiv beschäftigt. Grundsätzlich möchten wir festhalten, die Höhe dieser Subvention erachten wir als sehr beträchtlich. Es handelt sich um einen namhaften Betrag, der Jahr für Jahr aufgewendet wird und deshalb auch kritisch hinterfragt werden muss. Gleichzeitig haben wir aber Verständnis dafür, dass der Stadtrat die Entwicklung dieses Angebots über einen längeren Zeitraum beobachten möchte. Die Absicht, noch zwei Jahre zusätzlich Daten zu sammeln und auszuwerten, bevor eine definitive Botschaft für eine Volksabstimmung erarbeitet wird, ist für uns nachvollziehbar. Was wir aber klar vermissen, ist eine umfassendere Darstellung der finanziellen Zusammenhänge. Insbesondere fehlt uns in der vorliegenden Botschaft die Entwicklung der Spezialfinanzierung Parkplatz. Da stellen sich für uns zentrale Fragen. Wie hoch ist der zukünftige Bedarf für Parkierungsanlagen, zum Beispiel für Projekte wie die Tiefgarage am Bärenplatz, weitere Parkhäuser oder auch andere Vorhaben? Was passiert, wenn die Spezialfinanzierung in eine Unterdeckung gerät? Und wie entwickeln sich die Einlagen in dieses Konto im kommenden Jahr? Unser Anliegen ist auch eine verbindliche Obergrenze für diesen Betrag, damit der "Stützlibus" kein Fass ohne Boden wird. In der Kommission Bau und Umwelt hat SR Zülle ausgeführt, dass Baurechtszinsen von Parkhäusern, die im Baurecht vergeben werden, ebenfalls in diese Spezialfinanzierung fliessen sollen. Da erwarten wir Klarheit, ob und in welchem Umfang das wirklich so umgesetzt wird. Hervorheben möchten wir hingegen den erhöhten Beitrag aus Tägerwilen. Dass sich die Nachbargemeinde neu mit insgesamt CHF 300'000 jährlich am Busbetrieb inkl. Ticketvergünstigung beteiligt, nehmen wir positiv auf. Weil Tägerwilen von diesem Stadtbus aber auch wirtschaftlich profitiert, ist eine Mitfinanzierung aus unserer Sicht angemessen. Zusammenfassend halten wir fest, trotz der genannten offenen Fragen wird die SVP-Fraktion der Vorlage einstimmig zustimmen. Wir verbinden das aber mit der klaren Erwartung, dass bei der nächsten Botschaft sowohl die Entwicklung der Fahrgastzahlen als auch die finanziellen Grundlagen insb. der Spezialfinanzierung transparent und vollständig dargelegt werden inkl. einer Deckelung von etwa CHF 920'000.

GR Leuch: Erfolg verpflichtet. Der Erfolg der cleveren Idee, den "Stützlibus" einzuführen, verpflichtet uns, auch für die Zukunft clevere Ideen und eine clevere Lösung vorzulegen. Mit der Verlängerung um zwei Jahre verlieren wir überhaupt nichts. Wir können nur gewinnen. Gewisse Dinge brauchen halt ein bisschen Zeit und Geduld. Es ist gleich wie bei Wein und Käse, der ist auch nicht von heute auf morgen reif. Damit gewinnen wir Zeit und Erfahrungen. Es muss nämlich gut überlegt werden, mit welchem Rezept der "Stützlibus" auch weitergeführt werden kann. Dabei spielt unserer Meinung nach die Tarifstruktur im Bereich der Einzel- und Mehrfahrtenkarten eine wichtige Rolle. Was dort herumgeschraubt wird, ist wohl entscheidend. Dort kann man an einem kleinen Schraubchen drehen und erhält eine grosse Verschiebung der Einnahmen. Wie viel sollen Einzel- und Mehrfahrtenkarten in Zukunft kosten? Soll der 1-Franken-Bus in Zukunft CHF 1.50 oder CHF 2 kosten? Oder reicht vielleicht CHF 1.39 für ein Einzelticket? Mit der Prepaidkarte, die es nun neu gibt, sind wir nicht mehr an die starren 100 Rappen, diesen einen Franken, gebunden, sondern der Betrag kann relativ flexibel sein. Es braucht eine Weiterentwicklung für den Bus, nur so lässt sich die Erfolgsgeschichte weiterschreiben. Der "Stützlibus" ist unsere unkonventionelle Lösung der Stadt Kreuzlingen, der wachsenden Mobilität zu begegnen. Jeder, der den Bus benützt, kann nicht gleichzeitig am Steuer eines Autos sitzen. Und wenn wir das Auto brauchen, müssen wir denen dankbar sein, die im Bus sitzen, dann haben wir nämlich mehr Platz auf der Strasse. Die Mitte/EVP-Fraktion stimmt der Verlängerung für 2027 und 2028 einstimmig zu.

GR L. Dal Dosso: Wir möchten festhalten, wir sind dafür, den öffentlichen Verkehr auch grosszügig finanziell zu fördern, vorausgesetzt der gewünschte Effekt tritt ein, nämlich dass die Leute verstärkt den Bus benützen. Das war 2024 mit einem Anstieg von 15 Prozent in Stadtbus und Postauto der Fall. Leider war dies 2025 nicht mehr so. Die Verkäufe und entsprechend die Subventionen stiegen um weitere CHF 260'000, die Passagierfahrten blieben jedoch praktisch unverändert. Natürlich kann man sagen, dass diese Zahl nur eine ungenaue Schätzung ist und dass die Zahlen der SBB fehlen. Wir haben aber den Eindruck, dass die Förderung nicht ganz strukturiert ist und dass sogenannte Mitnahmeeffekte stattgefunden haben. Was ist passiert bzw. was

glauben wir, dass passiert ist? Die Hauptsache dürfte sein, dass viele Leute vom Abo auf Einzeltickets gewechselt haben. Diese sind relativ gesehen viel günstiger und viel stärker subventioniert als die Abos. Diese Leute fahren also vermutlich nicht öfter Bus, profitieren aber von den Subventionen und sparen Geld. Eine wichtige Rolle spielt vermutlich auch EasyRide, also das automatische Ticketing. Dessen Anteil ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Und was macht das automatische Ticketing? Es setzt eine Fahrt jeweils mit den günstigsten Tarifen der Zonen zusammen und wählt in unserem Tarifbereich die hochsubventionierte 1-Franken-Einzelfahrt, weil sie die günstigste Variante ist. Wir haben als FL/G/GLP-Fraktion trotzdem einstimmig Ja zur Botschaft gesagt, weil wir der Meinung sind, dass es diese zwei zusätzlichen Jahre für eine bessere Vorlage braucht. Ein Jahr, das wir als Alternative diskutiert haben, wäre aufgrund der verschiedenen Fristen und Vorbereitungsarbeiten tatsächlich viel zu sportlich. Wir haben dennoch drei dringende Wünsche an den Stadtrat für das weitere Vorgehen. 1. Die Materie ist kompliziert. Man muss Daten analysieren, Simulationen anstellen, wie verschiedene Tarifstrukturen wirken könnten und ob es Alternative zur heutigen Tarifstruktur gäbe. Die Verwaltung soll sich deshalb von extern unterstützen lassen, sei es durch Fachpersonen oder durch eine Hochschule, auch wenn das ein paar Franken kostet. Langfristig werden wir wahrscheinlich sparen. 2. Die zukünftige Botschaft soll einen Kostenrahmen nennen, also festlegen, wie viel die Stadt bereit ist, für die Förderung des öffentlichen Verkehrs auszugeben. Das ist zurzeit nicht der Fall. Gleichzeitig soll es möglich sein, die Tarifstruktur flexibel anzupassen, falls der Kostenrahmen gesprengt wird. Zudem, das haben wir bereits gehört, soll sichergestellt werden, dass auch langfristig genug Geld in der Spezialfinanzierung vorhanden ist. 3. Schliesslich soll der Stadtrat bzw. die Verwaltung über neue Fahrgastzahlen und Verkaufsdaten sowie über die Vorbereitung der Vorlage informieren, zum Beispiel in der Kommission Bau und Umwelt. So hätte der Gemeinderat die Möglichkeit, beratend zu intervenieren, bevor die endgültige Botschaft vorliegt und es nur noch heisst: Ja oder Nein.

GR Wittgen: Die vorliegende Botschaft hat – wie bei allen anderen wohl auch – auch in der SP/GEW/JUSO-Fraktion für längere Diskussionen gesorgt. Unbestritten ist, dass wir uns auch für einen günstigen öffentlichen Verkehr einsetzen wollen. Das beinhaltet längerfristige und von der Stimmbevölkerung befürwortete günstige Bustarife. Dass es für eine aussagekräftige Volksbotschaft zusätzliche Zahlen braucht, ist für uns nachvollziehbar. Zahlen, die wirklich zeigen, dass es einen Effekt gibt von den Subventionen auf die Nutzung des Stadtbusses. Deswegen werden wir der Botschaft grossmehrheitlich zustimmen. Störend ist dabei aber das Gefühl, keine echte Alternative zu haben. Für konstruktive Diskussionen über Strukturen usw. durch eine Rückweisung fehlt uns die Zeit, denn mit dem heutigen Beratungsdatum liegt diese Botschaft einfach zu spät vor, damit sie nahtlos auf 2027 umgesetzt werden könnte. Dass der Stadtrat offenbar automatisch von einer Zustimmung zur Verlängerung dieses Versuchsbetriebs ausgeht, hinterlässt einen schalen Geschmack. Ausserdem zeigen die Umstände, dass Pilotphasen von zwei Jahren allgemein zu kurz sind, nur schon, wenn man sich die Vorlaufzeit einer Volksbotschaft anschaut. Wir möchten deswegen an alle appellieren, in Zukunft solche Versuchsphasen von Anfang an auf mindestens vier Jahre festzulegen. Pilotphasen dienen dazu, dass man aus den gemachten Erfahrungen Schlüsse ziehen kann im Hinblick auf eine längerfristige Umsetzung. In der vorliegenden Sache – das haben wir jetzt mehrfach gehört, gab es so viele detaillierte Diskussionen, einerseits über die Tarife, aber auch über Zonen, Definitionen, über unterschiedliche Nutzer und über die Verwendung der Spezialfinanzierung, dass es offensichtlich ist, dass der Bedarf, aus dem Pilot Schlüsse ziehen zu können, gross ist, und dafür sollen diese beiden Jahre Verlängerung unbedingt neben der reinen Zahlenerhebung genutzt werden, damit man am Schluss den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eine solide Botschaft vorlegen kann.

GR Schiess: Eigentlich kann ich mich meinen Vorrednern einfach anschliessen, aber ich wiederhole es vielleicht jetzt ein bisschen. Die FDP-Fraktion spricht sich grundsätzlich auch grossmehrheitlich für die Vorlage aus. Die Entwicklung zeigt, dass der ÖV stärker genutzt wurde als erwartet, und das ist ein positives Signal. Gleichzeitig müssen wir uns aber bewusst sein, dass der ÖV uns als Kreuzlinger zusammen mit den bisherigen Subventionen bis zu CHF 4 Mio. pro Jahr kostet. Daher müssen für ein zukünftiges Ja von uns zwingend folgende Sachen beachtet werden: 1. Der Zeitpunkt der Anfrage ist nicht akzeptabel. Sie kommt so spät, dass faktisch keine echte Entscheidung mehr möglich ist. Bei einer Ablehnung drohen die alten Tarife, und diese Blamage wollen wir uns nicht geben. Das setzt uns unter Druck und Zwang zu diesem Ja und verhindert eine solide Abwägung. Wir erwarten künftig eine frühzeitigere Einbindung. 2. Die Höhe der Subventionen ist kritisch. Die prognostizierten CHF 920'000 pro Jahr sind hoch und belasten die bereits genannte

Spezialfinanzierung. Und je mehr der Bus genutzt wird, desto mehr belastet es auch. Deshalb braucht es jetzt klare Grundlagen. Wir brauchen eine Finanzierung. Die Prüfung eines Kostendeckels ist angesagt, zum Beispiel ein Maximalbudget von CHF 1 Mio. Wir müssen eine Klärung der Aufteilung der Finanzen machen. Wie viele Subventionen wollen wir als Kreuzlinger tragen? Was können wir tragen? Und braucht es einen höheren Eigenanteil, also müssen die Tarife höher sein? Oder in einer anderen Form? Wir möchten ein Zielsystem schon vorher definiert haben. Was wollen wir? 15 Prozent mehr ÖV-Nutzer? Oder wollen wir minus 5 Prozent Autofahrer? Wollen wir eine messbare CO₂-Reduktion haben? Dazu müssen wir die Datenerhebung verbessern. Wichtig ist die Trennung nach Verkehrsmitteln, die Analyse von Nutzergruppen, ob Kinder, Jugendliche, Berufstätige oder ältere Personen fahren. Umstiegs- und Mengeneffekt: Wie viele steigen wirklich vom Auto auf den Bus um? Oder nur vom Velo, was vorher noch eine sportliche Aktivität gewesen wäre, wofür sie jetzt den Bus nehmen? Die Mengenausweitung aufgrund geringerer Kosten der Nutzung Die nächsten zwei Jahre dürfen kein Stillstand sein. Wir erwarten ab sofort eine aktive Arbeit an Lösungen. Wir erwarten auch eine Kontaktaufnahme, und das schon in diesem Sommer. Wenn wir in die Planung gehen, wenn wir parat sein wollen, müssen wir in einem Jahr, im Frühling 2027 konkrete Varianten haben, die diskussions- und entscheidungsreif sind. Nur so können wir anschliessend Varianten prüfen und eine ehrliche Entscheidung treffen. Wir sind uns bewusst, dass diese Verlängerung uns CHF 2 Mio. kostet, aber wir sind grossmehrheitlich dafür, weil zuerst diese Abklärungen getroffen werden müssen. Wir unterstützen diese Verlängerung mit klaren Erwartungen, mit besserer Planung, mehr Transparenz.

GR Schulthess: Ich bin eigentlich ein erklärter Gegner von Subventionen und Querfinanzierungen, würde hier aber gern einmal über meinen Schatten springen und bin eigentlich ein Freund davon, wenn Geld direkt bei den Leuten ankommt, wo man es gezielt haben möchte. Das wäre aus meiner Sicht bei dieser Bussubvention der Fall. Ich würde sogar noch weiter gehen und diesen Franken ganz abschaffen und damit die ganze Administration und den technischen Aufwand vermindern. Wir könnten auch das Postulat in Traktandum 10 gleich herunterspülen. Aber SR Zülle hat gemäss Protokoll in der Kommissionssitzung gesagt: Mit Ostwind-Abo ohne Ticket nicht möglich. Da verstehe ich nicht, was das Hindernis ist. Vielleicht kann er mir das noch rasch beantworten. Denn eigentlich finde ich, auf diesen Franken kommt es auch nicht mehr an. Dann ist der Bus kostenlos wie in vielen anderen Hauptstädten auch.

SR Zülle: Zuerst recht herzlichen Dank für die Zustimmung, die ich bereits heraushöre. GR Schulthess hat etwas angesprochen, was nicht neu ist. Schon Alt-Gemeinderat Thomas Dufner sagte, wir sollten einen Gratisbus einführen. Das hat eben die Schwierigkeit, dass wir bei Ostwind dabei sind. Ostwind ist ein Verbund, bei dem wir eine Ticketanerkennung auch ausserhalb der Zone haben. Bei anderen Fahrzeugen, zum Beispiel dem Postauto, welches bei uns von Osten nach Westen fährt, müsste man die Fahrt dann bezahlen. Die Ticketanerkennung würde also nicht mehr funktionieren. Hinzu kommt, dass wir die Fahrpläne sowie das Marketing über Ostwind machen. Es ist ein Verbund von verschiedenen Zonen, was es relativ schwierig macht, wenn man keinen Beleg hat. Wir müssen einen Beleg haben. Und einen Null-Beleg löst ja vermutlich niemand. Deshalb haben wir diese Schwierigkeit. Dann gibt es noch eine weitere Überlegung. Wenn der Bus nichts kostet, kann es auch sein, dass er überlaufen wird. Ich denke zum Beispiel an Schülerinnen und Schüler, die zur Schule gehen, die dann den Bus stürmen, wenn es nichts kostet. Wir haben uns darüber auch schon viele Gedanken gemacht, weil es natürlich gut wäre. Es gibt Touristikorte, in denen der Bus nichts kostet, zum Beispiel Skiorte wie Davos oder Arosa, wo man gratis zum Skilift fahren kann. Wenn wir hier das ganze Netz gratis machen, haben wir die grosse Schwierigkeit, dass unser Netz mit Konstanz und die Zone 256 mit dem Speckgürtel um Kreuzlingen herum verbunden sind. All das würde dann nicht mehr richtig funktionieren, das ist wie ein Spinnennetz. Das sind die Gründe. Sonst würdest du uns absolut aus dem Herzen sprechen. Wir würden den Bus auch gern gratis laufen lassen. Die Botschaft, die verspätet kommt oder von der man meint, sie sei verspätet, haben wir natürlich schon früh angefangen. Wir haben sogar schon angefangen, sie zu schreiben, bevor wir die Zahlen hatten. Das Problem ist, dass die Zahlen erst spät kommen. Die letzten Zahlen von Postauto kommen Ende März. Die Zahlen der verkauften Tickets erhalten wir zwar relativ früh, dann kommen die Ein- und Ausstiegszahlen, die dann noch bearbeitet werden müssen. Hätten wir noch früher angefangen, hätten wir die Zahlen zu 2025 nicht einmal gehabt. Dann wäre die Datendecke noch dünner gewesen und hätte nur die Jahre 2023 und 2024 umfasst. Das war der Grund. Wir wollten die Zahlen abwarten und sie für euch mit einbauen. Das andere ist, dass wir halt auch ein bisschen getrieben sind von Zeiten. Wir haben von GR Dal Dosso gerade gehört, dass wir im August die Zahlen für Erhöhungen von Ticketpreisen bekanntgeben müssen.

Das ist nicht im August, sondern Mitte Juni. Die Änderungen erfolgen immer mit dem Fahrplanwechsel im Dezember. Die müssen also sehr früh bekanntgegeben werden, damit auch die Ticketautomaten neu programmiert werden können usw. Es braucht ein halbes Jahr, damit sie auf das nächste Jahr erhöht werden können. Von da her haben wir also einen riesigen Druck und eben weil die Zahlen so spät kommen. Das ist nicht sehr einfach, aber wir haben gesagt, aus diesem Grund sollten wir diese Verlängerung machen, und zwar nicht um ein Jahr, sondern um zwei Jahre, damit wir nicht in einem Jahr wieder in der gleichen Situation sind. Wir möchten euch gern sehr tiefes und genaues Datenmaterial zur Verfügung stellen. Bei den Ein- und Ausstiegszahlen haben wir zum Teil Hochrechnungen. Früher waren drei oder vier Busse mit Zählwerken bestückt, im Moment haben sechs von acht Bussen ein Zählwerk, weshalb wir immer weniger hochrechnen müssen. D. h., die Zahl wird immer genauer. Bei den Postautos sind es immer noch Hochrechnungen, aber wir können es relativ klar sagen. Was schwierig ist, ist die SBB. Die SBB macht Befragungen, aber diese Befragungen sind auch rudimentär, dann erfolgen Hochrechnungen. Die wissen natürlich nicht, wer in Kreuzlingen eingestiegen und in Tägerwilen gleich wieder ausgestiegen ist. Bei denen, die mit EasyRide profitieren, können wir auf jeden Fall sagen, dass wir froh sind, dass diese nicht auch mit dem Auto kommen. Auch die sind ÖV-Fahrer, aber die profitieren natürlich, wenn sie von St. Gallen nach Kreuzlingen fahren. Zu den Abos: Das haben wir auch festgestellt. Wenn das Abo gegenüber dem Einzelticket zu teuer ist, dann kaufe ich lieber Einzelfahrten. Das kann durchaus sein, denn die Abozahlen haben ganz leicht abgenommen. Deshalb müssen wir das ganz sicher anschauen. Wir werden diese Tarifstrukturen sehr genau anschauen und Varianten machen. Ich kann euch garantieren, wir werden das auch in der BU und meinetwegen auch in der FRK, wenn es nur um Finanzen geht, aufzeigen und erarbeiten, welche Variante wir nehmen wollen. Wir haben das jetzt mit der Spezialkommission Verkehr mit den Strassen gemacht, und ich hoffe, dass es gelingt, wo wir mit Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zusammen erarbeiten, was passiert, wenn wir hier drücken. Wir könnten auch eine Studie machen lassen, sei es durch eine Hochschule oder eine professionelle Firma. Das müssten wir aber mit einem Nachtragskredit machen, der dann wieder sehr verpönt ist, oder es auf 2027 budgetieren. Die könnten dann Befragungen machen, wie zufrieden die Bevölkerung ist, ob es Leute gibt, die vom Auto auf den Bus gewechselt haben, oder ob es vielleicht junge Leute gibt, die gar nicht anfangen, Auto zu fahren und lieber mit dem Bus fahren. Oder ältere Leute, die sich schon früher entscheiden, nicht mehr Auto zu fahren, weil es einen Bus gibt. Dann gibt es auch die Leute, die das Auto in der Garage oder irgendwo ausserhalb stehen lassen und mit dem Bus fahren. Diese Sachen kann man natürlich mit Zählwerken nicht festhalten, diese müsste man erfragen und hochrechnen. Eine solche Studie kostet Geld, das haben wir schon bei der Wohnanalyse gesehen. Die Kosten betragen bis CHF 50'000 oder CHF 60'000. Wir werden es ins Budget nehmen. Wenn wir die Zahlen so schnell haben wollen, wie GR Schiess es sagt, brauchen wir einen Nachtragskredit, um bereits im Herbst mit der Studie anzufangen. Auch wir sind froh, wenn die Zahlen möglichst schnell vorliegen, damit wir die erste Botschaft machen können. Diese muss zuerst für eine erste und zweite Lesung in den Stadtrat, dann in den Gemeinderat und dann vors Volk. Das ist ein langer Weg, ein Prozess, der mehr als ein halbes Jahr dauert. Auch wir wollen dort natürlich erfolgreich sein, egal welche Lösung wir vorstellen. Ich garantiere euch, wir werden bessere Zahlen haben. Jetzt war es relativ schwierig, weil wir auf Fremdleistungen angewiesen sind.

GR Schulthess: Vielen Dank für diese Antwort. Ich sehe die Hindernisse zum Teil. Die sind aus meiner Sicht aber konzeptioneller Natur. Ich meine, mit ein bisschen Fantasie könnte man sie überwinden. Im schlechtesten Fall sogar mit einer Ausgleichszahlung an Postauto oder so, was natürlich nicht schön wäre. Um die Bürokratie und die Ticketprobleme zu lösen, stelle ich folgenden Antrag: «Der "Stützlibus" kostet CHF 0.»

Die Ratspräsidentin: Wenn ich es richtig verstehe, ich schaue gerade zum Stadtschreiber, müssen wir zuerst die materielle Beratung machen, dann wäre es ein Rückweisungsantrag.

GR Schulthess: Das sehe ich nicht so, aber es wäre nicht das erste Mal, dass der Stadtschreiber es anders sieht als ich.

Die Ratspräsidentin: Bist du einverstanden, wenn wir zuerst die materielle Beratung machen?

GR Schulthess: Ich bin einverstanden.

Materielle Beratung – Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

GR Salzmann: Ich habe eine Frage zum Rückblick, und zwar zum laufenden 1-Franken-Bus-Zyklus 2024 bis 2026: Niemand kann dem Stadtrat einen Vorwurf machen, dass er sich in der damaligen Botschaft, die den ersten Zyklus beschreibt, finanziell völlig verschätzt hat. Diesen Vorwurf mache ich nicht, und das ist auch nicht mein Punkt. Aber ich habe eine andere Frage zum Verhalten des Gesamtstadtrats, und zwar nach dem Bekanntwerden des Rechnungsergebnisses 2024, also nach dem ersten Jahr 1-Franken-Bus im Frühling 2025. Gemäss eurer eigenen Darstellung hat der 1-Franken-Bus im Jahr 2024 CHF 865'000 gekostet. Und zwar in einem Jahr, in dem noch nicht alle wussten, wie man durch Verhaltensänderung am besten die Subventionen abgreifen kann. Der erste Zyklus war bekanntermassen auf drei Jahre angelegt. Drei mal CHF 865'000 ergibt einen Betrag, der die Finanzkompetenz des Stadtrats und des Gemeinderats von einmaligen Ausgaben von CHF 2 Mio. bei Weitem übersteigt. Daher meine Frage an den Stadtrat: Warum hat der Stadtrat da die Kreditkompetenz gemäss Gemeindeordnung überschritten und den Zyklus nicht auf beispielsweise zwei Jahre zurückgenommen, um diese CHF 2 Mio. einzuhalten oder eine Volksabstimmung anzuberaumen? Ich wiederhole, ich spreche vom Frühling 2025, nicht vom Beginn des Zyklus. Das Nichteinhalten der Gemeindeordnung aufgrund einer Nichtreaktion des Stadtrats im Frühling 2025 ist für mich keine Lappalie.

SR Zülle: Wenn ich mich richtig erinnere, stand in der Botschaft, dass die CHF 388'000 eine absolute Schätzung sind. Wir wissen nicht, wohin wir kommen, wir kennen das Verhalten der Fahrgäste nicht. Damals wurden wir von den Einzeltickets ein bisschen überrannt. Wir wussten auch nicht, ob es nur ein Anfangsboom im ersten Jahr ist, der dann wieder abflaut. Es flaute dann nicht ab, sondern wurde noch höher. Und erst im dritten Jahr ist das passiert, was wir eigentlich im zweiten Jahr vermutet haben. Es war keine Absicht, die Finanzkompetenz zu überschreiten. Es war ein Ausfluss eines Jahres von einer Botschaft, in der wir gesagt haben, wir wollen den Bus vergünstigen, und das nicht nur mit Steuergeldern. Der Bus wird etwa zur Hälfte mit Steuergeldern finanziert und zum anderen Teil mit Geld aus der Spezialfinanzierung aus Parkplatzgebühren und Bussgeldern. Das war übrigens auch der Wille des Gemeinderats und des Stadtrats, auch wenn wir keine Volksabstimmung gemacht haben. Ich habe herausgehört, dass die Kreuzlinger Bevölkerung bisher daran sehr viel Freude hat. Ich möchte betonen, dass wir nicht absichtlich und mutwillig ein Vergehen begangen haben. Sonst nehme ich das gern auf meine Kappe.

GR Salzmann: Ich habe keine Absicht unterstellt. Das wäre eine vorsätzliche Pflichtverletzung. Aber vielleicht ist es allenfalls eine grobfahrlässige Pflichtverletzung gemäss § 9 Verantwortlichkeitsgesetz des Kantons Thurgau, Haftung der mit öffentlichen Aufgaben betrauten Personen gegenüber dem Staat. Ihr seid dort auf dünnem Eis.

Botschaft, Seite 4, Kapitel Finanzielle Auswirkungen und Finanzierung

GR Salzmann: Auf Seite 4 hat es eine interessante Tabelle, nämlich die mittlere. Darin wird auf der ersten Zeile der Begriff "Gesamte Subventionen" aufgeführt. Was würde ein normaler Leser, der eine solche Botschaft in die Hand bekommt und noch nie eine Rechnung gesehen hat, darunter verstehen? Irgendetwas wird produziert, in diesem Fall sind es Transportleistungen, die bestimmtes Geld kosten für Löhne, Bus, Kapitalkosten. Dann gibt es Einnahmen von Tickets, Werbeeinnahmen usw. Ein Unternehmen in der freien und sozialen Marktwirtschaft würde also solche Transportleistungen nur erbringen, wenn er dadurch keinen Verlust produzieren würde. Und da solche Transportleistungen auf dem freien Markt sonst niemand anbieten würde, sagt nun die Stadt, dass wir staatliche Gelder dafür einschiessen müssen, damit der Transportdienstleister keinen Verlust produziert und die Dienstleistung überhaupt anbietet. Dieses Geld nennt man Subvention. Wie der Staat das Geld seinen Bürgern abnimmt, ob in Form von Parkplatzbussen, Parkierungsgebühren oder Steuern, ist wirtschaftlich betrachtet völlig unerheblich. Der Parkierungsfonds dient nur politischen und nicht wirtschaftlichen Zwecken. Ein Teil der Subventionen ist also in den entsprechenden Rechnungsabschlüssen der beiden Buchungskreise Stadt und Energie Kreuzlingen ablesbar. Es sind dies der steuerfinanzierte Teil des Kontos 6230 und für den gebühren- und bussenfinanzierte Teil die entsprechende Entnahme aus dem Parkierungsfonds. Dazu kommen noch versteckte Subventionen für den Stadtbuss, die nur teilweise gelichtet werden können, zum Beispiel eine unbekannte Grösse an Abschreibungen und Kapitaldiensten für Busspuren auf Gemeinde- und Kantonsstrassen, welche die Bauverwaltung sich nicht einmal zu schätzen getraut. Ich habe in der FRK danach gefragt. Und dann noch der Buchungskreis Energie Kreuzlingen, welche 2025 Netzverstärkungen machen musste wegen der Einführung der unwirtschaftlichen Elektrobusse im Vergleich zu Dieselnissen, womit nochmals CHF 331'000 hinzukommen. Eine Gesamtsubvention wie hier suggeriert, ist nicht eruierbar,

sondern es gibt einzelne, klare Elemente. Die klaren Elemente belaufen sich auf CHF 2.3 Mio. vor Einführung des 1-Franken-Busses, im Jahr der Einführung CHF 3.4 Mio., 2025 CHF 4 Mio. und für 2026 sind CHF 3.9 Mio. budgetiert. Das sind die gesamten Subventionen und nicht die kleinen Beträge, die wir hier haben. Ich finde es ausgesprochen schade, wenn der Stadtrat keine sauberen Begrifflichkeiten nutzt und so suggeriert, dass der Stadtbus eigentlich unglaublich günstig ist. Betrachtet man die Zahlen in der mittleren Tabelle auf Seite 4, stellt man fest, dass im Jahr 2024 die zusätzlichen Subventionen CHF 825'000 waren und im Jahr 2025 CHF 1.125 Mio. Es wird sicher nicht schlechter. Die Kunden wissen, wie man sich selber optimiert. Ihr schreibt auf S. 5 selber: "Der 1-Franken-Bus ist aus Sicht des Stadtrats ein voller Erfolg." So wird das Total des zweiten Zyklus, über den wir jetzt sprechen, also 2027/2028 weit über CHF 2 Mio. zu stehen kommen, auch mit Abzug der Tägerwiler Beiträge. Dann wäre diese Botschaft nicht mehr in der Kompetenz des Gemeinderats. Warum rechnet der Stadtrat damit, dass in den Jahren 2027 und 2028 der Stadtbus weniger gut von den Kunden angenommen wird als im Jahr 2025, wo doch alles so super läuft und eine Erfolgsgeschichte ist? Verletzt der Stadtrat mit dieser Berechnungsart, also Durchschnitt des Anlaufjahres sowie des ersten Volllastjahres Art. 12 der Gemeindeordnung Volksrecht von CHF 2 Mio.?

Rückkommen

GR Salzmann: Also, ich erhalte vom Stadtrat keine Antwort, ob er sich mit dieser Botschaft an die Gemeindeordnung hält oder nicht. Das ist auch sehr bezeichnend. Deshalb werde ich folgende Erklärung abgeben: Zum Eigenschutz hinsichtlich der persönlichen Haftung, basierend auf § 9 des kantonalen Gesetzes über die Verantwortlichkeit betreffend die Haftung der mit öffentlichen Aufgaben betrauten Personen gegenüber der Stadt gebe ich hiermit zu Protokoll, dass die Berechnung über die finanzielle Auswirkung dieser Botschaft, den Durchschnitt des Anfangsjahres mit einem Volllastjahr zu nehmen, geeignet ist, die Finanzkompetenz vom Volk gemäss Art. 12 d GO nicht einzuhalten und gebe ebenfalls zu Protokoll, dass ich in diesem Bewusstsein mit Nein stimmen werde. Somit bin ich aus der persönlichen Haftung draussen. Alle, die Ja sagen, sind drin.

GR Schulthess: Das wäre schön, wenn die Politik endlich einmal die Verantwortung und die Haftung für ihr Handeln übernehmen würde, doch davon sind wir recht weit entfernt. Ich habe unterdessen KI zum Thema Änderungsanträge befragt. Die KI sagt, für Kreuzlingen gilt, in der Geschäftsordnung sind materielle Änderungsanträge ausdrücklich vorgesehen. Wir sind im Moment in der materiellen Beratung, also Änderungsantrag ausdrücklich vorgesehen und zulässig. Entsprechend stelle ich an dieser Stelle den Änderungsantrag materieller Natur: Der Tarif für den Bus sinkt von CHF 1 auf kostenlos.

SR Zülle: Erst zu den Finanzkompetenzen: Wir sind der Meinung, dass wir mit der Berechnung von CHF 920'000 zusätzliche Subventionen die Kompetenzen von CHF 2 Mio. in zwei Jahren nicht überschreiten und bitten Sie darum, die Botschaft anzunehmen. GR Schulthess würde mich fast dazu nötigen, genau das zu machen, nämlich die Finanzkompetenz zu überschreiten. Denn mit einem 0-Franken-Bus kämen da noch ein paar Franken hinzu, die wir zusätzlich noch subventionieren müssten. Dann würde es vermutlich etwa CHF 3 Mio. kosten. Ich betone noch einmal, wir würden unseren Bus gern gratis machen, aber das ist nun einmal nicht möglich. Es bräuchte ein anderes Konzept, vor allem müsste man wissen, was man mit dem Postauto macht. Kostet das Postauto, welches in der gleichen Region fährt, CHF 6 und unser Bus CHF 0? Das geht natürlich nicht. Ich bin der Meinung, dass Kollege Salzmann da doch etwas übertreibt und wir klar innerhalb der Finanzkompetenz sind. Das haben wir so gesehen, und wir sehen das auch bei der ersten Botschaft, wonach es teurer geworden ist, dass wir da kein Verschulden gemacht haben. Daher bitte ich Sie, dieser Botschaft zuzustimmen.

GR Schulthess: Da hat SR Zülle natürlich recht. Daher ergänze ich meinen Antrag zuhanden der Volksabstimmung. Dann haben wir nämlich einen Entscheid, den jene, die es am Schluss bezahlen müssen, selbst beschliessen haben.

GR Merk: Ich möchte eine Frage stellen, es geht mir ein bisschen zu schnell. Erstens war ich schon ein bisschen verwirrt, als die SVP sagte, wir unterstützen grundsätzlich das Projekt eines nachhaltigen ÖV, obwohl mich das natürlich freut. Das wäre so etwas wie die Nachhaltigkeitsinitiative. Aber was mich noch viel mehr verwirrt ist, dass du Georg Schulthess gesagt hast, ich unterstütze keine Subventionen, das ist Geld zum Fenster hinausgeworfen, und jetzt auf die Idee kommst, den Bus gratis zu machen. Habe ich das richtig verstanden? Auf

die Gefahr hin, dass es jetzt noch ein bisschen verwirrender wird, aber ich getraue mich trotzdem, das jetzt zu fragen.

GR Dufner: Im Sinn eines Ordnungsantrags, ich habe gerade ein bisschen in die Runde geschaut: Können wir in aller Ruhe nochmals neu formulieren, über was wir genau abstimmen? Ich glaube, wir wissen schon, wie wir abstimmen wollen, aber aufgrund der Formulierung müssen wir noch wissen, wann man die Hand hochhalten muss.

Die Ratspräsidentin: In der Geschäftsordnung steht, dass ich anordnen kann, dass ein Antrag schriftlich gestellt wird. Ich ordne an, dass wir einen schriftlichen Antrag bekommen, den ich vorlesen kann und über den wir abstimmen können. Der Antrag von GR Schulthess lautet: "Kreditbegehren für eine Verlängerung der Subvention zur vollständigen Subvention des Stadtbusses Kreuzlingen für angemeldete Einwohner"

GR Hebeisen: Du hast vorhin die materielle Beratung abgeschlossen, aber wir kennen erst jetzt den Antrag richtig. Das Problem ist folgendes: Wir haben keine Volksbotschaft. Das ist das Hauptproblem am Ganzen. Normalerweise sind wir der Durchlauferhitzer für die Volksbotschaften. Die Gemeinderatsbotschaft wird meistens auch zur Volksbotschaft, und das haben wir hier nicht. Deshalb können wir eigentlich gar nicht anders als ablehnen, auch wenn mir persönlich und meiner ganzen SP/GEW/JUSO-Fraktion und wahrscheinlich auch der Fraktion links von mir die Idee unheimlich beliebt ist, was ich hier auch betonen möchte. Wir haben diese 3 Minuten nun dazu benutzt, uns das Ganze nochmals zu überlegen. In diesem Zusammenhang muss man vielleicht den Stadtrat auffordern, diese Versuchsphase dazu zu nutzen, die Frage des Gratisbusses nochmals zu klären. Bei näherem Überlegen leuchtet es eigentlich nicht ganz ein, warum es nicht geht, wenn man nur den Stadtbus allein aus dem Tarifverbund nimmt. Man ist ja drin, weil man will, dass jene mit einem Abonnement mit dem Stadtbus auch durch Kreuzlingen fahren können. Aber wenn er gratis ist, ist das gar nicht nötig. Dann kann man vermutlich auch aus dem Tarifverbund austreten, und dann besteht vielleicht sogar eine Möglichkeit, dass der Gratisbus am Schluss billiger ist als der «Stützlibus». Dies als Anregung im Zusammenhang mit dieser Versuchsphase, diese Frage nochmals anzuschauen, denn zumindest auf dieser Seite des Rats gäbe es dafür vermutlich eine Mehrheit. Das möchte ich noch erwähnen, um Georg Schulthess nicht einen Einzelerfolg zu gönnen.

GR Dufner: Ich kann mich Kollege Hebeisen anschliessen. Natürlich ist diese Idee sympathisch. Wir haben aus meiner Sicht einfach ein kleines Problem. Wir sind auf der Stufe Kommune/Gemeinde. Das Problem ist, dass meines Erachtens die Bundesverfassung – ich glaube, das hat man schon letztes Mal diskutiert – beachtet werden muss. Art. 81 a Abs. 2. "Die Kosten des öffentlichen Verkehrs werden zu einem angemessenen Teil durch die Nutzerinnen und Nutzer bezahlt." Diese Kosten werden durch die bezahlten Preise des öffentlichen Verkehrs gedeckt. Ob möglich ist oder nicht, was Kollege Hebeisen vorgeschlagen hat, könnte man nochmals vertieft abklären. Für mich ist klar, wenn die Bundesverfassung sagt, die Kosten müssen durch einen angemessenen Teil durch die Nutzerinnen und Nutzer gedeckt werden, können wir heute Abend auf Stufe Gemeinde einem solchen Antrag nicht zustimmen. Deshalb bitte ich auch in diesem Sinn um eine Ablehnung des Änderungsantrags Schulthess, auch wenn es uns vielleicht auf den ersten Blick sehr sympathisch erscheint. Ich glaube aber, man sollte das Thema Bundesverfassung im Hinterkopf behalten. Das steht übrigens in analoger Art und Weise auch in der Kantonsverfassung.

GR Schindler: Wenn man den Bus aus Ostwind herausnehmen würde, würden die Kreuzlinger Bürger im Osten gar nicht mehr profitieren, weil sie nämlich mit dem Postauto fahren müssen. Das möchte ich noch anmerken, dass das einen Konflikt gäbe, weil einige profitieren würden, andere aber nicht.

GR Schulthess: Das ist eigentlich die Intention der Ergänzung, dass es für Kreuzlinger Bürger gilt, weil sie nämlich die Subvention bezahlen und decken und es jene sind, die dann gratis fahren. Das mit der Bundesverfassung würde da nicht mehr ziehen, aber offensichtlich hat die Mitte/EVP-Fraktion da Angst vor ihrem eigenen Mut, denn ursprünglich ist es eure Idee, dass der Bus gratis ist und nicht meine. Ich kämpfe eigentlich für eure Grundidee.

GR C. Brändli: Dieser Antrag ist Mumpitz. Entschuldigung, ich kann es nicht anders sagen. Wenn ich es richtig verstanden habe, steht in deinem Antrag nur für angemeldete Bewohner. Also nur für Personen, die in Kreuzlingen angemeldet sind, alle anderen bezahlen. Und Tägerwilen bezahlt noch CHF 300'000, aber sie dürfen dann gar nicht gratis fahren. Ist das richtig? Wenn wir diesen Antrag annehmen, die Botschaft dann vors Volk geht und dieses aufgrund all dieser Themen Nein sagt, haben wir dann gar nichts mehr, nicht einmal mehr den 1-Franken-Bus. Deshalb lehnt diesen Mumpitz ab.

SR Zülle: Ich muss noch etwas korrigieren. Es ist nicht so, dass die Subventionierung nur die Kreuzlinger Bewohner bezahlen. Sondern diese Subventionierung wird aus Parkgebühren und Parkbussen bezahlt. Ich würde behaupten, dass fast 50 Prozent von denen, die Parkbussen oder Parkplatzgebühren bezahlen, Auswärtige sind. Das ist auch das Schöne an dem ganzen Subventionssystem, über welches wir mit dem 1-Franken-Bus abstimmen. Viele Auswärtige bezahlen unseren ÖV, daher soll er auch für alle sein und vor allem nicht, dass wir im Bus noch Ausweise verlangen müssen, woher sie kommen, womöglich noch den Heimatschein.

Die Ratspräsidentin: Ich lese den Antrag nochmals vor: "Kreditbegehren für eine Verlängerung der Subvention zur vollständigen Subvention des Stadtbusses Kreuzlingen für angemeldete Einwohner".

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess wird mit 1 Ja-Stimme gegen 38 Nein-Stimmen abgelehnt.

GR L. Dal Dosso: Was GR Salzmann gesagt hat, hat mich ein bisschen nachdenklich gemacht, das sind nämlich diese CHF 900'000 und dass man da eine Schätzung aus zwei Jahren gemacht hat. Wir haben dort eigentlich einen Trend. Wir sollten 2025 als Basis nehmen und verdoppeln, dann sind wir in der Finanzkompetenz. Was mich irritiert, dazu habe ich das Budget 2026 angeschaut, für die Subventionierung des öffentlichen Busses haben wir die Rechnung 2024 als Basis für das Jahr 2026 genommen. D. h., wir haben genau das gemacht, was du sagst. Jetzt machen wir etwas anderes, wir mitteln. Damit, das muss ich sagen, habe ich ein Problem, weil es unsere Finanzkompetenz überschreitet.

Abstimmung

Die Botschaft wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Motionen

9. Motion Einführung einer Stellvertreterregelung für den Gemeinderat Kreuzlingen / Beantwortung

GR E. Dal Dosso: Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Beantwortung meiner Motion. Wie Sie sich denken können, ist sie für mich nicht zufriedenstellend. Wir sprechen oft über Gleichstellung und darüber, dass wir mehr Frauen und junge Menschen für politische Ämter gewinnen wollen. Aber Gleichstellung entsteht nicht durch gute Absichten, sie braucht auch passende Rahmenbedingungen. Die Realität ist, politisches Engagement fällt häufig genau in jene Lebensphase, in der die Themen wie Familiengründung, Berufseinstieg oder temporäre Belastungen besonders präsent sind. Und genau dort verlieren wir engagierte Personen. Auch oft Frauen, weil unsere Strukturen zu wenig flexibel sind. Eine Stellvertretungsregelung kann hier helfen. Sie verhindert unnötige Rücktritte und stärkt den Nachwuchs und sorgt für mehr Kontinuität in unserer Arbeit. Und sie hat auch eine ganz praktische Bedeutung. Wir erleben in diesem Rat immer wieder knappe Abstimmungen. In solchen Momenten ist jede Stimme entscheidend. Suppleanten springen in Kommissionen ein, nicht aber in einer wichtigen Gemeinderatssitzung. Ein weiteres Argument des Stadtrats möchte ich noch aufnehmen: die Sorge, dass nicht gewählte Personen im Rat sitzen. Faktisch passiert genau das heute bereits. Bei Rücktritten rückt jeweils die nächste Person, ursprünglich nicht gewählt, der Liste nach. Der Unterschied ist, mit einer Stellvertretungsregelung wäre das befristet, transparent und klar geregelt statt endgültig durch einen Rücktritt. Eine solche Stellvertretung kann auch eine Chance sein als Vorbereitung für zukünftige Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und damit als Investition in unseren politischen Nachwuchs. Ich bin überzeugt, wir sind eine fortschrittliche und moderne Gemeinde. Und gerade deshalb sollten wir bereit sein, solche Fragen offen zu prüfen und zeitgemässe Lösungen zu entwickeln. In meiner Motion geht es nicht um die Einführung der Stellvertretungsregelung, sondern um die Ausarbeitung einer fundierten Vorlage für den Gemeinderat. Die vielen offenen Fragen, die der Stadtrat in seiner Beantwortung aufführt, wurden in der Motion bewusst offengelassen, denn diese sollen in dieser Vorlage ausgearbeitet werden, um eine optimale Lösung zu finden. Ich bitte Sie auch im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP, die Motion erheblich zu erklären.

GR A. Brändli: Auch wir von der FDP-Fraktion haben die Motion intensiv diskutiert. Zuerst möchten wir festhalten, dass wir das Anliegen und das Bedürfnis hinter dieser Motion nachvollziehen können. Das politische Engagement im Milizparlament wird immer anspruchsvoller. Beruf, Studium, Ausbildung, Familie und Politik

unter einen Hut zu bringen, ist wirklich nicht einfach. Deshalb ist es auch verständlich, dass man nach Lösungen sucht, um das Amt attraktiver zu gestalten und besser mit dem Alltag vereinbaren zu können. Wir verstehen auch den Wunsch, erfahrene Ratsmitglieder bei längerer Abwesenheit nicht ganz zu verlieren und die Kontinuität im Rat sicherzustellen. Trotzdem kommt die FDP-Fraktion einstimmig zum Schluss, dass eine Stellvertretungsregelung für Kreuzlingen nicht der richtige Weg ist. Aus unserer Sicht stehen Aufwand und Nutzen nicht in einem angemessenen Verhältnis. Für die Einführung müssten zuerst die gesetzlichen Grundlagen angepasst und zahlreiche offene Fragen geklärt werden. Dazu kommt, dass der Gemeinderat von Kreuzlingen im Vergleich zu kantonalen oder grösseren städtischen Parlamenten nur wenige Sitzungen pro Jahr hat. Zudem findet der Ratsbetrieb bei uns immer am Abend statt, während grössere Parlamente teilweise auch tagsüber und deutlich häufiger tagen als wir. Die Situationen sind also nicht direkt vergleichbar. Der praktische Nutzen einer solchen Stellvertretungsregelung wäre daher eher begrenzt, weil man selbst bei längerer Abwesenheit oft nur in wenigen Sitzungen fehlt, und abwesende Ratsmitglieder in Kommissionen werden ja heute schon durch Suppleantinnen und Suppleanten vertreten. Wir teilen auch die Einstellung des Stadtrats, dass die Regelung das eigentliche Problem und die Herausforderungen des Milizsystems nicht lösen würde. Die FDP-Fraktion beantragt deshalb einstimmig, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

GR Sawo: Auch bei uns in der SP/GEW/JUSO-Fraktion hat eine interessante und angeregte Diskussion stattgefunden. Die Regelung einer Stellvertretung ist neben anderen wichtigen Argumenten eine Möglichkeit, als Amtsinhaber die Aufgaben an der Bevölkerung von Kreuzlingen zu erfüllen. Als Nebeneffekt passiert dann auch so eine Art Möglichkeit für die nächste Person auf der Liste, so ein bisschen schnuppern zu können, womit vielleicht eine Nachfolge besser gehandhabt werden kann. Die SP/GEW/JUSO-Fraktion ermutigt deshalb den Stadtrat, eine Anpassung des Regelwerks vorzunehmen und erklärt die Motion als erheblich.

GR Keller: Ein Grossteil der SVP-Fraktion hat die Motion damals unterschrieben. Wir sind auch heute noch der Meinung, dass es sich lohnt, die Idee vertieft zu prüfen und einen Vorschlag auszuarbeiten. Gerade im Milizsystem und in der heutigen Zeit sollte es möglich sein, dass jemand, der länger ausfällt, nicht zurücktreten muss. Es gibt leider immer wieder Gründe, die jemanden davon abhalten, das Amt für längere Zeit auszuüben. In solchen Fällen könnte eine gute Stellvertretungsregelung eine Lösung sein. Vor allem aber finden wir das Argument der Stadt, es sei zu viel Aufwand, eher dürrtig. Sachen im Vorfeld abzuklären, gehört dazu, das haben wir gerade vorhin gesehen. Weiter ist es so, dass bei einem Rücktritt auch Sachen angepasst werden müssen. Und das kann ja nicht mehr sein, als wenn ein Gemeinderat einfach für ein halbes Jahr in den Rat aufzunehmen ist. Wir würden uns gern einen Vorschlag anhören und darüber diskutieren und werden der Motion daher mehrheitlich zustimmen.

GR Bitschnau: Die FL/G/GLP-Fraktion hat zahlreiche Vor- und Nachteile diskutiert. Wir haben keinen Konsens gefunden und sind deshalb gespannt auf diese Diskussion.

GR Be Nissa: Ich teile die Haltung des Stadtrats und meiner Gemeinderatskollegin Ana Brändli nicht. Ich finde, eine Stellvertretungsregelung könnte besonders für junge Menschen einen zusätzlichen Anreiz für das Amt als Gemeinderat schaffen, wo sie sich engagieren können, auch in Lebensphasen wie zum Beispiel während der Ausbildung, Weiterbildungen, bei beruflichen Weiterentwicklungen oder wenn man einmal angeschlagen ist. In solchen Fällen wird der eine oder andere für eine gewisse Zeit ausfallen, und dies schafft eine Möglichkeit, einen Rücktritt zu verhindern. Eine solche Regelung motiviert auch andere junge Leute, vielleicht früher in den Gemeinderat zu kommen, wenn man weiss, dass man nicht sofort zurücktreten muss, wenn man eine Weiterbildung machen möchte. Und es motiviert vielleicht den einen oder anderen, der bereits in den Gemeinderat hineinschauen durfte, sich wieder aufstellen zu lassen. Aus meiner Sicht ist so eine Stellvertretungsregelung deshalb sinnvoll und zeitgemäss. Und mit der heutigen Technik und den administrativen Möglichkeiten sollte so etwas auch umsetzbar sein. Daher plädiere ich dafür, die Motion für erheblich zu erklären.

GR Dufner: Ich möchte mich den Vorrednern anschliessen, dass wir hier über etwas Wichtiges sprechen. Es freut mich extrem, dass die SVP und die SP gleicher Meinung sind und sagen, das ist etwas, was wir unterstützen müssen. Das sehen oder hören wir doch auch nicht jeden Abend. Dass es etwas ist, worüber man viel diskutieren kann, glaube ich auch. Für mich sind einige Punkte relevant, und diese möchte ich ganz kurz erwähnen. Ich finde es schon ein bisschen schwach vom Stadtrat. Es ist auch ein bisschen Bequemlichkeit. Wir haben gerade vorhin über eine visionäre Idee, über etwas mega Cooles gesprochen, einen "Stützlibus", etwas, was bewegt, was vor zehn Jahren wohl noch undenkbar war. Jetzt sprechen wir über etwas, wo ich finde, der Zeitgeist schreit doch danach, dass wir hinsichtlich Stellvertretungsregelung etwas anpassen. Das betrifft

junge Menschen, aber auch Menschen in jeglicher Lebenslage. Es ist nicht nur Mutterschaft oder Militärdienst, es kann auch ein längerer Ausfall wegen Krankheit oder Unfall sein. Warum ein Stellvertreter im Sinne eines Suppleanten in den Kommissionen, aber kein Stellvertreter hier im Rat? Das leuchtet mir nicht ein. Der Aufwand dürfte gleich sein. Wenn man es scheut, schon nur diese Abklärung zu machen, dann ist das für mich falsche Bequemlichkeit. Und hier wäre es gut investiert. Denn finanziell haben wir hier keinen grossen Aufwand. Deshalb bitte ich alle im Sinne eines Appells, dass wir es uns gut überlegen. Ich, und ich hoffe, ihr könnt euch mir anschliessen, sage Ja. Das ist etwas, was Kreuzlingen braucht, da können wir eine Vorreiterrolle übernehmen.

Abstimmung

Die Motion wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als erheblich erklärt.

Postulate

10. Postulat Stadtbus Kreuzlingen - Ticketkauf im Bus mit Bargeld / Stellungnahme

Die Ratspräsidentin: Die Motion wurde an der Sitzung vom 23. November an den Stadtrat überwiesen.

GR Wiedl: Ich habe einen Franken, kann damit aber nicht mit dem 1-Franken-Bus mitfahren. Ein moderner, digitaler Stadtbus ist gut. Ein digitaler Stadtbus, der nicht alle Menschen mitnimmt, ist es nicht. Der Stadtrat weist in seiner Antwort darauf hin, dass das bargeldlose Bezahlen im nationalen Trend liegt. Das sehen wir auch so. Es geht hier aber um die Frage, ob der öffentliche Verkehr in Kreuzlingen für alle zugänglich bleibt, sprich auch für Menschen ohne Smartphone, ohne Karte und ohne Lust, sich digitaler Mittel zu bedienen. Es geht um Menschen, die aus Altersgründen nicht können, oder einfach weil sie überfordert sind. Nicht jeder ist mit den aktuellen elektronischen Bezahlmethoden vertraut, und auch nicht jeder ist in der Lage, das noch zu lernen. Einige besitzen auch gar kein Smartphone. Klar gibt es Senioren, die sich hervorragend in der digitalen Welt zurechtfinden, aber bei Weitem nicht alle. Wir haben die Verpflichtung, auch Menschen eine Chance zu geben, die allein sind. Jene, die keine Verwandte oder Freunde haben, die ihnen helfen können. Und ich glaube nicht, dass wir hier von einer kleinen, verschwindenden Minderheit sprechen. Wir machen es denjenigen unnötig schwer, die wahrscheinlich den Bus am nötigsten brauchen. Klar haben wir zwei Billettautomaten in Kreuzlingen, an denen auch Mehrfahrtenkarten gelöst werden können. Ob das jedoch besonders kundenfreundlich ist? Weiter funktioniert auch der Alliance SwissPass nur bedingt. Daher: Alle Menschen müssen die Chance bekommen, selbstbestimmt den ÖV in Kreuzlingen nutzen zu können. Nebenbei bemerkt geben wir Hunderttausende von Franken aus, damit eine Fahrt einen Franken kostet. Ich bitte Sie deshalb, zum Postulat Ja zu sagen und den Vorschlag des Stadtrats abzulehnen und ihn damit zu beauftragen, den Ticketkauf mit Bargeld im Bus in Kreuzlingen wieder zu ermöglichen. Wie schön wäre die Aussage, ich habe einen Franken und kann mit dem 1-Franken-Bus fahren!

GR Wittgen: Ich durfte vorhin schon zum Bus sprechen und habe gesagt, dass für uns ein ÖV wichtig ist, der attraktiv und erschwinglich ist. Natürlich für alle. Und darum dreht sich ja jetzt die Frage, ob das wirklich für alle der Fall ist. In unserer Zeit der rasenden digitalen Entwicklung gibt es Menschen, die sich aus sehr unterschiedlichen Gründen nicht digitaler Zahlungsmittel bedienen wollen und ausschliesslich bar bezahlen möchten. In der Stellungnahme des Stadtrats haben wir gehört, dass auch diese Menschen die Möglichkeit haben, mit Bargeld zu bezahlen und ein Ticket zu kaufen, entweder an den Ticketautomaten am Bärenplatz oder an den Bahnhöfen oder in Form der Prepaidkarte, die ebenfalls an den Bahnhöfen gekauft werden kann. Wichtig erscheint uns, dass über diese Möglichkeiten gut informiert wird und sie jetzt vielleicht auch nochmals zusätzlich beworben werden sollten. Die Umstellung auf den Elektrobus, die wir sehr begrüssen, bringt verschiedene Veränderungen mit sich, die einen Schritt in die Zukunft darstellen. An dieser Stelle jetzt einen Schritt zurück zu machen und den Bus aufwendig aufzurüsten, erscheint uns nicht als sinnvoll. Vielmehr möchten wir diese Veränderungen als Chance zu einem Wandel verstanden haben, was eine gute Kommunikation und vielleicht auch ein gewisses Mass an Kulanz während der Übergangszeit nötig macht. Und diese möchten wir damit einfordern. Aus diesen Gründen wird die SP/GEW/JUSO-Fraktion das Postulat bei einzelnen Enthaltungen ablehnen.

GR Schiess: Warum ist Barzahlung im Bus so wichtig? Mit Bargeld kann jeder Bus fahren. Auch wer kurzzeitig oder auch gezielt mal sagt, heute bin ich ohne Smartphone unterwegs, nimmt keine Karte mit, sondern ist dann ohne Internet einen Tag in der Stadt unterwegs. Niemand ist somit ausgeschlossen. Was mir persönlich noch viel wichtiger ist, ich gebe meinem zehnjährigen Kind einen Franken oder einen Zweifränkler in die Hand und kann spontan sagen: Fahr in die Badi. Natürlich kann ich auch zuerst eine Mehrfahrtenkarte kaufen, aber dann ist es eben nicht mehr spontan. Es macht das Busfahren einfach, günstig und im Alltag viel praktikabler. Ein klares Preismodell mit Bargeld sorgt für Vertrauen. Es gibt keine versteckten Regeln und auch keine Probleme mit der Technik. Wir wissen alle, wenn Automaten oder Apps nicht funktionieren – was machen wir dann? Mit dem Bargeld ist Plan B immer da, denn schwarzfahren wollen wir natürlich nicht. Die Einführung der Barzahlung kostet CHF 100'000 auf zehn Jahre verteilt. Zehn Jahre, so lange hält ein Bus. Somit ist der Preis kein Gegenargument. Die benötigten Automaten können sehr einfach und deshalb auch ausfallsicher bestellt werden. Damit wird der Bus noch attraktiver. Barzahlung kombiniert mit unserem subventionierten Angebot für alle ist deshalb nicht nur praktisch, sondern auch gut für unsere Gesellschaft und für die Inklusion.

SR Zülle: Ich habe absolutes Verständnis, dass man gern mit Bargeld im Bus bezahlen möchte. Ich bin selber ein Fan von Bargeld und habe immer Bargeld bei mir. Das ist eine sichere Währung und auch noch ein bisschen Tradition. Irgendwie hängen wir auch noch ein bisschen am Schweizer Franken, er ist eine der besten Währungen der Welt. Das ist irgendwie emotional, deshalb wird es auch emotional diskutiert. Aber vielleicht müssen wir das Ganze auch einmal finanziell anschauen, dann muss man das Betriebssystem anschauen und dann muss man auch schauen, was so ein Gerät während der Fahrt mitmacht. So ein Automat kostet nicht CHF 10'000 pro Bus sondern CHF 18'000. Unsere sind 20-jährig und waren in den Bussen immer kaputt. Die Leute haben sich immer gestört, dass sie ausfielen. Die fallen nicht aus, weil man ihnen nicht Sorge trägt, sondern sie fallen aus wegen der Erschütterungen. Einen Bus kann man nicht weicher federn, sonst fängt er an zu schwingen, dann haben wir einen Pendolino. Das geht nicht, deshalb sind die Busse hart, und durch diese Härte sind die Automaten Erschütterungen ausgesetzt. Mechanische Systeme gehen ständig kaputt. Wir hatten ständig Anrufe, dass Automaten nicht funktionierten. Nur im Unterhalt kosten die Automaten pro Jahr CHF 5'000 bis CHF 10'000. Zudem muss ich noch erwähnen, dass die Firmen die Automaten auch noch leeren und abrechnen müssen. Das macht nicht der Chauffeur am Abend. Die Automaten werden professionell geleert und abgerechnet. Der Chef von EUROBUS hat mir gesagt, dass in St. Gallen die alten Geräte mit digitalen Anlagen verknüpft wurden, was sehr teuer war. Jetzt merken sie, dass Münzen immer mehr zurückgehen. Sie haben höhere Preise als wir bei uns, und sie nehmen weniger durch Kleingeld ein als die Firma, die es wieder herausholen muss. Ich wundere mich gerade ein bisschen, wenn Wirtschaftsparteien da plötzlich nicht mehr wirtschaftlich denken. Es ist eigentlich wirtschaftlich ein Nonsens, wenn wir die Automaten wieder installieren würden. Dann noch etwas anderes: Wir hatten immer wieder Unfälle mit älteren Leuten, die ihre Münzen suchten. Manchmal fällt es auch noch auf den Boden, und der Chauffeur möchte losfahren. Das hatten wir nicht einmal, sondern etliche Male, und es war schlimm. So schlimm, dass es im Kanton Zürich in den Fahrzeugen gar keine Automaten mehr hat, dort kann man nicht einmal mehr entwerten. Hier ist die erste Frage, warum es in unseren Bussen keine Automaten zur Entwertung mehr hat. Das ist schon mal falsch, die haben wir drin. Wir haben in den Bussen Automaten, wo man tippen kann, was man will. Man kann also verschiedene Sachen lösen und muss eine Karte einschieben, das ist wahr. Aber nicht alle wollen Spuren hinterlassen. Die digitale Spur entsteht nämlich durch Bezahlen mit dem Handy oder mit der Kreditkarte. Die ist auch personalisiert. Man gibt einen Namen und ein Foto, wenn man damit bezahlt. Dass nicht alle das wollen, dafür haben wir absolutes Verständnis. Dafür gibt es etwas anderes, nämlich eine Prepaidkarte. Und etwas Einfacheres gibt es nicht, die kann man auch den Kindern mitgeben. Die Prepaidkarte ist wie eine Reka-Karte oder eine Geschenkkarte, die man überall, sogar zu Hause am PC oder an der Bahnstation aufladen kann. Man kann CHF 100 aufladen und 100 mal Bus fahren. Und man muss kein Geld mitnehmen und ist auf der sicheren Seite. Man muss die Karte nur hinhalten, dann wird es abgebucht, einfacher geht es nicht mehr. Seit März funktionieren die bei uns und auch im Zug, im Postauto und allen ÖV-Fahrzeugen in der ganzen Schweiz. Auch wenn man einmal in eine andere Stadt geht, funktioniert es. Und wenn man sie verliert, verliert man nur so viel, wie drauf ist. Das ist eine sichere, einfache und kostengünstige Sache. Ich komme noch auf das Gewicht. Diese Automaten sind wahnsinnig schwer. Wenn wir sie installieren, müssen wir die Böden der Busse verstärken. Deshalb ist es auch so teuer. Die Elektrobusse sind extra leicht gebaut, damit man leichte Batterien einbauen kann. Der Grund dafür ist, dass man die Busse sonst grösser machen müsste und weniger Platz hätte.

Die grossen Automaten nehmen genau einen Platz für einen Rollstuhl oder einen Kinderwagen weg. Es ist eigentlich etwas Unvernünftiges. Man kann mit Bargeld bezahlen, das haben wir vorhin gehört. Man kann Mehrfahrtenkarten kaufen, die sogar noch etwas günstiger als CHF 1 sind, weil man für CHF 5 sechs Fahrten herausholen kann. Ticketentwerter hat es in den Bussen. Für uns ist wichtig, dass der Bus jeweils rasch losfahren kann, keine Verzögerung hat und pünktlich ist. Postauto hört auf mit Bargeld. Im Moment kann man noch beim Chauffeur bezahlen, das ändert sich aber auch. Praktisch alle, die neu mit Elektrofahrzeugen unterwegs sind, wechseln. Man kann praktisch nirgends mehr mit Bargeld bezahlen. Wenn die Stadt Kreuzlingen so viel Geld, fast CHF 800'000 pro Bus aufwendet, die Böden verstärkt und alles erschwert und kompliziert und anfällig macht, machen wir einen Rückschritt, wie es vorhin von SP-Seite gesagt wurde. Wir möchten vorwärtsdenken. Wir wollen niemanden vom Busfahren ausschliessen, auf keinen Fall. Solchen Leuten könnte man auch einmal zu Weihnachten eine Karte füllen. Das ist wirklich eine ganz einfache Geschichte, und ich kann es nur empfehlen. Diesen Franken im Bus einzuwerfen, muss Vergangenheit sein. Sonst geben wir sehr viel Geld aus, es ist unsicher, es ist schwer, es nimmt Platz weg und ist sehr, sehr anfällig. Das kann ich euch garantieren, das ist wahnsinnig, wie oft man diese Automaten flicken muss. Darum bitte ich euch, dem Antrag des Stadtrats zu folgen und das Postulat abzulehnen.

GR R. Herzog: Wir haben vorhin in der Diskussion um den 1-Franken-Bus x-fach das Argument und den Wunsch gehört, dass der Bus vielleicht sogar gratis werden soll. Es wäre eine ziemlich schlechte Investition, wenn wir all diese Geräte in den Fahrzeugen installieren würden, der Bus dann gratis wird und wir alle Automaten wieder entfernen müssten, denn 0 Franken kann ich wohl nicht einwerfen. Obwohl ich absolut Verständnis habe für das Begehren, wäre das wohl eine schlechte Investition, zumal es Alternativen gibt wie Wertkarten oder Mehrfahrtenkarten, wie SR Zülle gerade ausgeführt hat.

GR L. Dal Dosso: Ich habe vielleicht eine ganz naive Frage. Automaten kommen nicht infrage, schlechte Investition. Warum kann man nicht mehr beim Fahrer bezahlen, da es, wie ich höre, sowieso die Ausnahme wäre?

SR Zülle: Wir haben das nicht vorgesehen. Wenn man noch Geld einkassieren muss, entstehen Verzögerungen. Das sieht man manchmal beim Postauto, wenn er losfahren will und dann noch einige bezahlen möchten. Das wollen wir nicht. Das wäre eine völlige Umkehr des Ganzen. Es sind ja nicht wenige. Wenn man es nämlich anbietet, macht man es. Wenn man es nicht anbietet, macht man es nicht. Dann sucht man nach Alternativen, das ist günstiger und einfacher, und ich möchte unserem Fahrpersonal das nicht auch noch zumuten, dass sie auch noch bei jeder Haltestelle Geld einkassieren müssen. Beim Postauto, welches weiterfährt und mehrere Dörfer oder Städte befährt, kann man das irgendwie noch rechtfertigen. Aber wenn bei uns jemand einsteigt und nach zwei Stationen wieder aussteigt, dann die nächsten kommen und er überall noch mit Kleingeld hantieren muss, statt loszufahren und zu bremsen, ist das ein alter Zopf. Das machen wir nicht mehr.

GR Dufner: Wir haben das in der Mitte/EVP-Fraktion auch diskutiert. Wir sind klar der Meinung, eine Bargeldzahlung ist nicht mehr etwas, was man in den neuen Bussen haben muss. Ich erlaube mir noch eine Bemerkung persönlicher Art. Ich bin als Eishockey-Schiedsrichter in der ganzen Schweiz mit ÖV unterwegs. Ich sehe ganz selten, dass man überhaupt noch irgendwo mit Bargeld bezahlen kann aus all den genannten Gründen, egal in welcher Grossstadt ich bin oder auch auf dem Land. Eine zweite Bemerkung zu den Verkaufszahlen. Dazu finden wir Aussagen in Beilage 1 zum 1-Franken-Bus. Ich vermute, dass Umsatz Verkaufskanal Chauffeur genau das Bargeld im Bus, welches hier gefordert wird, abbilden soll, denn alles andere ist App, Schalter, Webshop. Dann sprechen wir 2023 über 4 Prozent, 2024 gleich viel, 2025 ein bisschen mehr, die noch beim Busfahrer ihr Ticket kaufen wollten. Aus all den genannten Gründen sind wir einstimmig der Meinung, Bargeldticketkauf im Bus ist etwas, was wir nicht mehr unterstützen können.

GR Schulthess: Ich habe mir eigentlich lange auf die Zunge gebissen und wollte dazu nichts sagen, aber SR Zülle hat mich nun doch getriggert. Wenn er sagt, das mit dem Bargeld ist ein alter Zopf, kommt bei mir die Angst auf, dass man das schleichend auf alle Themen ausbreitet. Ich erinnere an meine Motion, wo es darum geht, dass bei städtisch kontrollierten Geldzyklen weiterhin Bargeld angenommen werden muss. Dazu hat der Stadtrat unisono versichert, es sei überhaupt nicht angedacht, das zu verändern. Das zeigt ein bisschen, wohin es geht. Wir sind sowieso ein bisschen in einer verkehrten Welt unterwegs. Die SP ist nicht mehr für Inklusion, die Oma mit dem Franken kann draussen bleiben. Auch ist man von linker Seite nicht mehr für Privatsphäre, obwohl ihr es im Parteiprogramm habt. Für mich ist das allein schon ein Grund, keinen ÖV mehr zu benutzen, weil ich dann so einen Quatsch-SwissPass oder eine E-ID haben muss. Das wäre für mich schon ein Grund, Auto zu fahren. Dann geht die SP hin und freut sich über die US-Multis, die an jedem Ticket ein paar Rappen

mitverdienen. Die muss man nun auch nicht unbedingt mitverdienen lassen. Und gegen Umweltschutz sind sie auch noch, indem wir tonnenweise Plastikkarten herausgeben. Die Welt ist verkehrt. 1912 in der Omnibuszeit haben wir es übrigens auch noch geschafft, ohne doppelte Böden Bargeld anzunehmen. Ich gebe zu, damals hatte es im Bus noch einen Schaffner. Technisch ist das kein Hindernis. Mir fällt es schwer, dem Stadtrat zu glauben, dass es nicht Stück für Stück so weitergeht, deshalb würde ich, wenn es euch auch bei anderen Themen interessiert, dass man weiterhin bar bezahlen kann, das schon an dieser Stelle unterbinden.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen nicht erheblich erklärt.

Verschiedenes

11. Verschiedenes

11.1 Bericht Zweckverband Gasversorgung Oberthurgau-See (GOS)

SR Beringer: Ich habe noch eine Pendeuz aus der letzten Sitzung, an der ich von GR Schulthess gefragt wurde, warum es 12 km Leitung braucht für das Gas der GOS nach Kreuzlingen und warum das CHF 12 Mio. kostet. Ich habe persönlich mit dem Geschäftsführer Georg Engels von der GOS telefoniert. Energie Kreuzlingen hat einen Bericht an die GOS in Auftrag gegeben, welcher genau diese Berechnungen machen soll. Diesen Bericht habe ich hier, den kann ich GR Schulthess auch zum Lesen geben. Ich habe aber mit Maurizio Ditaranto versucht, den Bericht in Worte zu fassen, damit man ihn auch versteht. Der Bericht ist sehr technisch, und ich muss daraus vorlesen, das ist wirklich kompliziert mit Druck und Leistung. Heute liegt die registrierte maximale Leistung der Stadt Kreuzlingen bei 41 MW. Bei einer Annahme einer Reduktion von 1 Prozent pro Jahr erreichen wir im Jahr 2040 ungefähr noch 35 MW. Die Reduktion von 1 Prozent hatten wir bisher und erwarten diese in Kreuzlingen genau gleich wie die GOS. Der minimale Druck an der Übergabestation Hörnli muss ca. 3.5 bar betragen, damit die Kunden, die direkt am 5-bar-Netz angeschlossen sind, genügend Druck für ihren Prozess haben. Das Netz der GOS ist so aufgebaut, dass es ab Kesswil nur noch eine Leitung mit Abgängen zu den Mitgliedergemeinden gibt, die an der Übergabestation Hörnli endet. Berechnungen zeigen auf, dass bei einer Temperatur von 5 °C die Kapazität des Netzes bei einem Druck von 3.5 bar an der Übergabestation anstelle der 35 MW, die wir brauchen würden, nur noch 15 MW zur Verfügung stehen. Wenn man umrechnet, dass die Reduktion noch etwas grösser ist und wir bis 2045 noch 20 MW brauchen, haben wir bei 5 °C immer noch zu wenig. Wenn wir im Umkehrschluss 2040 35 MW haben wollen, beträgt der Druck nur noch 1.5 bar an der Übergabestelle, was viel zu wenig ist. Grund dafür ist die lange Leitung von 12 km vom Hörnli Kreuzlingen bis nach Kesswil, die den Druckverlust verursacht. Wenn die Temperaturen sinken, zum Beispiel -15 °C, wäre der notwendige Restdruck 3.5 bar, die wir haben müssen, noch 0.5 MW. Damit können wir gar niemanden mehr bedienen. Fazit: Auf Grundlage der Rohrnetz-berechnungen wurde festgestellt, dass die Netzlänge zwischen Kreuzlingen und Kesswil die geforderte Kapazität mit dem notwendigen Druck nach Kreuzlingen nicht liefern kann. Die Leitungslast und der geforderte Kapazitätsbedarf müssten als Gaswerkleitung ausgebaut resp. ersetzt werden. Mit der evaluierten Länge von 12 km von Kesswil nach Kreuzlingen wird die Länge mit einem Laufmeterpreis von CHF 1'000 hochgerechnet. Der Investitionsbedarf wird mit dem Laufmeterpreis bewusst degressiv gewählt. Im Vergleich liegen heute die aktuellen Laufmeterkosten auf dem Stadtgebiet Kreuzlingen bei einem Durchschnittspreis von CHF 1'500. Bei einer Projektumsetzung müssten dazu noch weitere Ingenieurarbeiten, Durchleitungsrechte, Mitgliedschaften beim Zweckverband sowie die Beschaffung über GOS berücksichtigt werden. Diese zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten wurden in der Rohrnetz-berechnung nicht geprüft.

GR Schulthess: Vielen Dank für diese Zahlen. Ich wäre froh, wenn ich sie noch studieren könnte und ihr sie mir noch zukommen lassen oder für alle dem Protokoll anhängen könntet (Protokoll Beilage 1). Das genügt mir an dieser Stelle zu diesem Thema. Zum gleichen Thema hätte ich unter Verschiedenes noch eine Anmerkung zum Protokoll der Kommission Energie Kreuzlingen vom 25. April. Im Protokoll, welches die Kommission Energie Kreuzlingen herausgegeben hat und welches ihr alle auch bekommen habt, ist die Aussage von Stefan Wehrli von Energie Kreuzlingen enthalten: "Ganz wichtig ist, dass die Transformationsprozesse nur erfolgreich sind, wenn sie in der Bevölkerung und in der Wirtschaft auf breite Akzeptanz stossen." Es geht nach wie vor

um den Gasausstieg. Wenn das von Energie Kreuzlingen tatsächlich ernst gemeint ist, gäbe es dort noch einiges zu tun, denn der Gasausstieg ist weder in der Bevölkerung noch in der Industrie bei der Prozesswärme akzeptiert. Was mich aber abschliessend stört ist, dass man sich in diesem Protokoll auf einen Richtplan beruft, der weder abgesegnet noch gültig noch rechtskräftig ist und weder der politischen Meinung dieses Rats oder des Stadtrats entspricht. Sondern man sagt einfach auf Basis dieses Richtplans, dass man den Rückbau des Gasnetzes plant. Da würde ich doch Stefan Wehrli und Energie Kreuzlingen einladen, abzuwarten, bis die politische Diskussion fertig ist und bis der Richtplan, auf den er sich beruft, rechtskräftig ist. Insgesamt finde ich es für uns als Legislative sowieso störend, dass die Exekutive relativ stark auf Basis von Richtplänen regiert, die sie selber baut, aber das gehört vielleicht nicht unbedingt hierher.

11.2 Protokoll Spezialkommission Verkehr

GR Schulthess: Weiter hätte ich noch einen Satz zum Protokoll der Spezialkommission Verkehr vom 30. April 2026. Ich entschuldige mich dafür, dass ich hier auf ein paar Details zurückkomme, aber anders kann man als Nichtmitglied dieser Kommission seinen Senf im Prinzip nicht dazu geben. Es geht um die Planung der Hauptstrasse Nord, die wir auch schon mal hier im Rat hatten. Wenn man die Pläne anschaut, ist es eigentlich eine Erweiterung der Minigolfbahn Brückenstrasse, wo ich euch allen und auch den Verkehrsplanern empfehle, sich einmal eine Viertelstunde Zeit zu nehmen und sich dort hinzusetzen und zu schauen, was für ein sensationelles Chaos es an dieser Brückenstrasse gibt, wo Busse sich an Autos vorbeikämpfen, dazwischen Fussgänger und Velofahrer. Aus meiner Sicht ist es ein Chaos. Aber ich lasse mich gern korrigieren, schaut es euch einmal an. Oder geht einmal mit einem Busfahrer etwas trinken, er wird euch dasselbe sagen, wenn er regelmässig dort durchfährt. Das weiterzuziehen, finde ich einen grossen Fehler. Die uneindeutige Situation, die wir überhaupt haben, kennt ihr auch von der Romanshorerstrasse. Dort gibt der Stadtrat teilweise zu, dass es konzeptionell nicht so gelungen ist. Mal wird man von einer Busbucht behindert, die es nicht mehr gibt, mal von einer Bushaltestelle, mal ist das Velo das Hindernis, mal ist es eng, mal ist es ein Randstein. Diese uneindeutige Situation, die von Xaver Dahinden hier auch schon stark kritisiert wurde, würde ich nicht gern auf die Hauptstrasse ausgedehnt haben wollen. Abschliessend finde ich es eigentlich ein bisschen ungeeignet, wenn man im Wesentlichen über das Austauschverhältnis von Bäumen und Parkplätzen spricht. Verkehr kommt irgendwie nicht vor, es kommen vor allem Bäume vor. Diese Spezialkommission heisst Verkehr. Es geht um Mobilität, diese sollte zwischendurch auch noch vorkommen. Die Bürgerlichen, die in dieser Kommission sitzen, sollten sich das Framing, das da stattfindet, einmal ein bisschen vor Augen führen. Ihr bekommt vom Leiter Tiefbau die Variante A -10 Parkplätze +4 Bäume und Variante B -3 Parkplätze +7 Bäume. Wenn ihr das Framing erkennt, seht ihr, dass ihr vielleicht gar keine Bäume statt Parkplätze wollt, sondern die Bäume neben den Parkplätzen, wo sie hingehören. Oder vielleicht gar keine Parkplatzreduktion. Ich kann euch nur einladen, dieses Framing zu erkennen, welches hier stattfindet. Ihr seid nicht diejenigen, die in dieser Kommission bestimmen, worüber gesprochen wird, sondern das macht der Leiter Tiefbau. Er sagt euch, ihr könnt wählen, ob ihr das gelbe oder das grüne Bonbon haben wollt. Ihr könnt nicht sagen, ihr hättet gern das blaue

GR Neuweiler: Grundsätzlich finde ich es schwierig, wenn das Protokoll einer Kommission öffentlich diskutiert wird. Das machen wir so eigentlich nicht. Das kann man, wenn ein Prozess abgeschlossen ist, wir sind aber noch mittendrin. Mehr sage ich dazu nicht. Kommissionsprotokolle kann man dann zitieren, wenn wir ein Geschäft haben und nicht während eines laufenden Verfahrens. Das gehört sich eigentlich nicht.

GR Wolfender: Georg, du hast Xaver Dahinden erwähnt. Er hat sich nicht aufgeregt ab den Verkehrshindernissen, sondern darüber, dass man, weil diese Strasse explizit auch für Velofahrer hätte sein sollen, gefährlicher lebt als vorher. Das hat er gemeint und nicht, dass die Autos nicht mehr gut fahren können.

11.3 Genossenschaft Alterszentrum Kreuzlingen - Kameraüberwachung

GR Leuch: Letzten Samstag wurde auf 20 Minuten online publiziert, dass gegen ein Pflegeheim im Kanton Thurgau eine Anzeige erstattet wurde. Das Pflegeheim befindet sich hier in Kreuzlingen, es geht um das Alterszentrum. Man hat eine Kamera gefunden, die Mitarbeitende bei der Arbeit im Stationszimmer oder wo auch immer beobachtet hat. Ich möchte dazu nicht wahnsinnig viel erzählen. Aufgeflogen ist es, weil die

zuständige Person Sachen über Leute wusste, die sie gar nicht hätte wissen können. Ist der Stadtrat darüber informiert? Wenn ja, wann wurde er informiert? Gibt es eine erste Konsequenz aus diesem Fall? Letztlich sind wir an dieser Institution beteiligt, sind dort vertreten, haben eine Defizitgarantie, deshalb sind wir ein Stück weit auch in der Verantwortung.

SR Brüllmann: Es ist richtig, in der Genossenschaft Alterszentrum in Kreuzlingen (GAZK) wurden über längere Zeit Diebstähle an Bewohnenden, an Mitarbeitenden, aber auch am GAZK verübt. Dabei wurden Medikamente, Wertsachen und Bargeld entwendet. Die GAZK und die Angehörigen haben das bei der Polizei angezeigt. Es gibt klare Anhaltspunkte, dass die Täterschaft Teil des Personals ist. Die GAZK ist sich ihrer Schutzfunktion gegenüber ihren vulnerablen Bewohnenden sehr bewusst. Ebenso ist klar, dass genau solche Vorfälle die täglichen Anstrengungen der ehrlichen Mitarbeitenden in Verruf bringen. Aufgrund eines konkreten Verdachts wurde eine Diebstahlfalle in Form einer Kameraüberwachung geplant. Diese wurde entdeckt, bevor sie in Betrieb genommen worden war. Zu keinem Zeitpunkt wurde eine Aufnahme erstellt, noch wurden Gespräche abgehört oder sonst Persönlichkeitsrechte verletzt. Zwei Mitarbeitende, die bereits in gekündigtem Zustand waren, haben versucht, das bei der Kantonspolizei Kreuzlingen zur Anzeige zu bringen. Die Kantonspolizei hat nach Abklärungen den Sachverhalt abgeschlossen, da keinerlei Straftatbestände erfüllt waren. Die gleichen Mitarbeitenden haben daraufhin versucht, beim Kanton St. Gallen die gleichlautende Anzeige zu erstatten. Diese hat dann die Anzeige ohne Überprüfung und ohne den Sachverhalt mit Angehörigen der GAZK entgegengenommen. Dieselben Personen haben daraufhin verschiedene Medien kontaktiert. Der Vorstand der GAZK steht in engem Kontakt mit der Geschäftsleitung und ist vollumfänglich informiert. Es besteht kein Anlass, den Darstellungen der Geschäftsleitung zu misstrauen. Die Erläuterungen decken sich mit den in den Vorstandssitzungen gemeldeten Diebstählen. Marco Styner, Geschäftsführer des GAZK, ist in der Reihe der Gäste und würde allfällige Fragen im Anschluss an diese Sitzung sehr gern beantworten. Mehr möchte ich zum laufenden Verfahren im Moment nicht sagen.

GR Schulthess: Zu diesem Thema wurde ich relativ detailliert informiert, inklusive Bilder der Kameras, Gesprächen mit Leuten usw. Ausnahmsweise bin ich einmal der Meinung, dass das eigentlich nicht in diese Ratsitzung gehört. Zumindest wirft es aber die Frage auf, ob man den Pausenraum von Mitarbeitern durch Kameras überwachen lassen soll, ohne dies in einem Arbeitsvertrag oder einem Reglement zu regeln. Arbeitsrechtlich ist das ganz heikel. Für mich wirft es auch die Frage auf, wenn Medikamentendiebstähle passieren, ob man das mit einer Schlüsselregelung oder sonst mit einer guten Lösung regeln könnte, statt alle zu verdächtigen und zu filmen. Man weiss, wer einen Schlüssel zu einem Schrank hat oder man kann es mit einem Transponder lösen. Ich bin nicht so sicher, ob das die geeignete Lösung ist. Letztlich könnte ich mir vorstellen, dass es auch bei Geldbeträgen ähnlich laufen würde. Bei einer Kasse sollte man wissen, wer hineingreifen darf. Ich denke, man sollte das hier drin nicht weiter ausbreiten, aber es wirft entgegen den Aussagen von SR Brüllmann auch ein paar unangenehme Fragen auf für die Geschäftsleitung, denen man nicht einfach mit einer Vertrauensbekundung aus dem Weg gehen kann. Aber ich denke, das sollte man bilateral und nicht hier klären.

GR Wolfender: War diese Kamera eine polizeiliche Intervention oder war sie vom Altersheim? Ihr müsst es nicht beantworten, wenn ihr nicht könnt.

SR Brüllmann: Wie gesagt, ich möchte aufgrund des laufenden Verfahrens keine weiteren Aussagen zu diesem Thema machen.

GR Schulthess: Dann würde ich im Rahmen der Transparenz, für die ich immer bin, diese Antwort geben. Diese Kamera hat das Altersheim installiert und nicht die Polizei. Das Ganze ist nicht unter einer polizeilichen Untersuchung gelaufen, sondern es war eine Massnahme des Alterszentrums. Auch die Aussage, dass man nichts aufgezeichnet hat, ist heikel. Arbeitsrechtlich ganz heikel. Ich hätte es ein bisschen tiefer unter dem Deckel gehalten als hier drin, aber so sei es.

11.4 Aufgaben und Verzichtplanung des Kantons – Stellungnahme

STP Niederberger: Ich habe zwei kurze Informationen, die ich gerne noch platzieren möchte. An der letzten Gemeinderatssitzung haben wir über die Aufgaben- und Verzichtplanung des Kantons gesprochen. Da haben wir als Stadtrat mit der Vorarbeit der Abteilungsleiter miteinander eine Stellungnahme gemacht und

eingereicht. Wie ich letztes Mal versprochen habe, werden wir diese Stellungnahme den Gemeinderatsmitgliedern zustellen.

11.5 100-Jahre-Jubiläum Kreuzlingen

STP Niederberger: Ihr habt vielleicht gesehen, wir haben eine Medienmitteilung zum 100-Jahre-Jubiläum in Kreuzlingen gemacht. 2027/2028 haben wir 100 Jahre Kreuzlingen, weil sich 1927/1928 Egelshofen, Emmishofen und Kurzrickenbach zu Kreuzlingen zusammengeschlossen haben. Wir möchten das feiern und haben ein kleines OK unter der Leitung von Martina Eggenberger und mit Vertretungen aus Gewerbe und den Quartiervereinen zusammengestellt, die sich dazu erste Gedanken gemacht haben. Wir haben dann ein Grobkonzept erarbeitet. Die Idee ist nicht, so eine grosse, einmalige Welle zu machen wie 2022 auf dem Bärenplatz, sondern die Idee ist, dass wir von Mitte 2027 bis Mitte 2028 verschiedene Veranstaltungen machen, vor allem draussen in den Quartieren. Deshalb sind wir auch in ganz enger Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen und möchten bestehende Anlässe in den Quartieren ein bisschen ausbauen, unterstützen und grösser machen, sodass wir kleinere Veranstaltungen über das ganze Jahr hinweg feiern können. Weiter geplant sind Stadtführungen sowie Ausstellungen im Museum Rosenegg. Wir sind mit dem Kreuzlinger Gewerbe im Kontakt in Bezug auf Jubiläumsartikel oder eine Jubiläumsgestaltung. Das Grobkonzept haben wir im Stadtrat verabschiedet, daran wird jetzt weitergearbeitet, und wir werden auf 2027 und 2028 entsprechende Budgetbeträge vorsehen. Wir haben also noch keinen Nachtragskredit gesprochen, werden es aber ins Budget einfließen lassen.

Die Ratspräsidentin: An der heutigen Sitzung sind zwei Vorstösse eingegangen:

- 11.6 Postulat Herausgabe des Jahresabschlusses der Firma Swissspower AG durch den Anteilseigner Energie Kreuzlingen zum Zwecke der seriösen Prüfung der Rechnung von Energie Kreuzlingen. Transparenz schafft Vertrauen

Die Ratspräsidentin: Das Postulat wurde eingereicht von GR Schulthess (Protokoll Beilage 2). Das Postulat wurde mit heutigem Datum an den Stadtrat überwiesen.

- 11.7 Postulat Wärmeversorgung Kreuzlingen sichern. Planungssicherheit und Alternativen zur KVA-Abwärme

Die Ratspräsidentin: Das Postulat wurde eingereicht von GR L. Dal Dosso (Protokoll Beilage 3).

11.8 Umtrunk

Die Ratspräsidentin: Damit sind wir fast am Ende. Wir sind zwar nicht ganz früh, aber noch deutlich vor Mitternacht am Schluss angekommen. Daher schlage ich vor, wer Lust hat, kommt noch mit in den Löwen, um etwas zu trinken. Den anderen wünsche ich eine gute Nacht.

Sitzungsende: 22:40 Uhr

Beilagen

1. Bericht Zweckverband Gasversorgung Oberthurgau-See (GOS)
2. Postulat Herausgabe des Jahresabschlusses der Firma Swisspower AG durch den Anteilseigner Energie Kreuzlingen zum Zwecke der seriösen Prüfung der Rechnung von Energie Kreuzlingen. Transparenz schafft Vertrauen
3. Postulat Wärmeversorgung Kreuzlingen sichern. Planungssicherheit und Alternativen zur KVA-Abwärme

Geht an

- Mitglieder Gemeinderat
- Personen gemäss separatem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Die Gemeinderatspräsidentin

Der Sekretär

Die Vizepräsidentin

Der Stimmenzähler

K. Lienhard AG
Ingenieurbüro

5033 Buchs-Aarau
Bolimattstrasse 5
Tel. 062 832 82 82

Niederlassungen:
Rapperswil-Jona
St. Gallen
Bern
Raron VS

www.lienhard-ag.ch
info@lienhard-ag.ch

Regiotherm AG
Egnacherweg 6b
8590 Romanshorn

Per E-Mail an:
christian.kitz@regiotherm.ch

Datum:
18. Juni 2025

Kontakt:
Marco Rufer

Telefon direkt:
062 832 82 85

E-Mail:
rufer@lienhard-ag.ch

Projekt-Nummer:
46-1374-00

Ihre Referenz:
Christian Kitz

Referenz:
mru

Lieferung Erdgas an Kreuzlingen

Bilanzen und Rohrnetzberechnungen

Sehr geehrte Damen und Herren

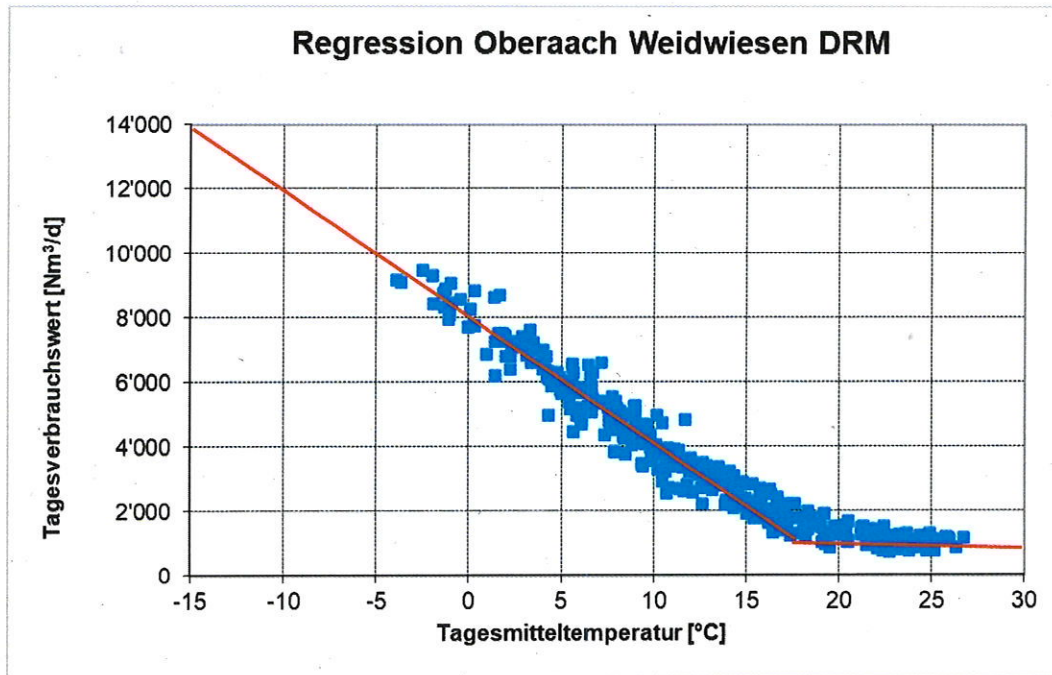
Die Energie Kreuzlingen hat angefragt, inwiefern eine Lieferung von Erdgas ab der GOS via Abgabestation Hörnli möglich wäre und in welchem Umfang.

Aus diesem Grund wurden wir beauftragt, entsprechende Rohrnetzberechnungen durchzuführen.

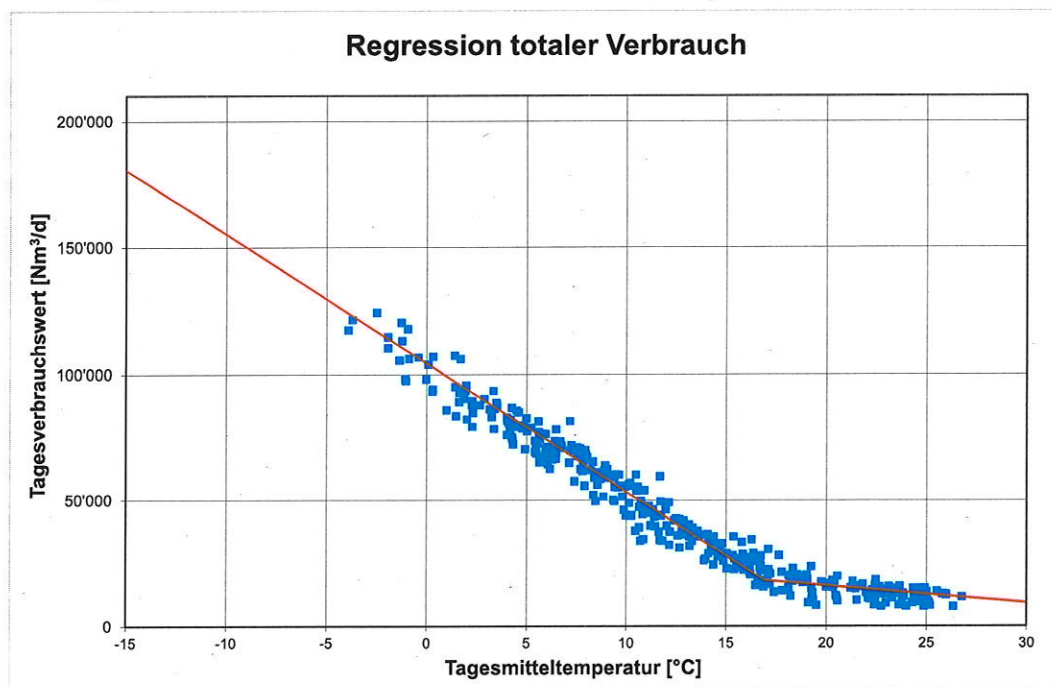
In einem ersten Schritt wurden die Basisdaten aktualisiert. Insbesondere wurden die Verbrauchsmengen auf den neusten Stand nachgeführt. Zudem wurden die für das Rohrnetz relevanten Anpassungen vorgenommen.

Bilanzen:

Für jede DRM-Station wurde die Regression auf der Basis der Tagesverbrauchszahlen 2024 erstellt. Aus diesen Regressionen wurden dann für verschiedene Tagesmitteltemperaturen die Abgabemengen über die einzelnen Stationen ermittelt. Die folgende Grafik zeigt ein Beispiel einer solchen Regression:



Die Regression des totalen Verbrauches sieht folgendermassen aus:



In der Regression 2016 war der bilanzierte Verbrauch bei -15°C noch bei 205'000 Nm^3/d . Dieser ist aktuell mit rund 180'000 Nm^3/d also rund 10% tiefer, was durchaus realistisch ist.

Berechnungen:

Es wurde nun für verschiedene Tagesmitteltemperaturen berechnet, welche Abgabemengen bei unterschiedlichen Drücken möglich sind. Die folgende Tabelle zeigt die Resultate.

Es kann angemerkt werden, dass die DRM-Stationen Bischofszell und Ennetaach jeweils mit 4.5 bar eingestellt waren. Das Gas für die Seelinie wird ebenfalls von Bischofszell via Romanshorn geleitet und in Romanshorn auf 2 bar reduziert. Die resultierenden Mengen ergeben sich aufgrund der Hydraulik.

Berechnungen bei

-15°C

Restdruck Hörnli Vorgabe	3'700	3'500	3'000	2'500	2'000	1'500
Hörnli MS [Nm^3/h]	-282	-282	-899	-1'358	-1'714	-1'993
Frasnacht MS [Nm^3/h]	0	0	0	0	0	0
Ennetaach MS [Nm^3/h]	2'535	2'535	2'714	2'846	2'949	3'029
Bischofszell Nord HD DRM [Nm^3/h]	6'795	6'795	7'233	7'560	7'813	8'011
Total Verbrauch [Nm^3/h]	9'048	9'048	9'048	9'048	9'048	9'048

Berechnungen bei

-10°C

Restdruck Hörnli Vorgabe	3'850	3'500	3'000	2'500	2'000	1'500
Hörnli MS [Nm^3/h]	0	-562	-1'164	-1'615	-1'966	-2'240
Frasnacht MS [Nm^3/h]	0	0	0	0	0	0
Ennetaach MS [Nm^3/h]	2'753	2'922	3'102	3'236	3'340	3'421
Bischofszell Nord HD DRM [Nm^3/h]	5'991	6'384	6'806	7'123	7'370	7'564
Total Verbrauch [Nm^3/h]	8'744	8'744	8'744	8'744	8'744	8'744

Berechnungen bei

-5°C

Restdruck Hörnli Vorgabe	4'000	3'500	3'000	2'500	2'000	1'500
Hörnli MS [Nm^3/h]	0	-878	-1'461	-1'901	-2'244	-2'514
Frasnacht MS [Nm^3/h]	0	0	0	0	0	0
Ennetaach MS [Nm^3/h]	2'399	2'666	2'841	2'972	3'073	3'153
Bischofszell Nord HD DRM [Nm^3/h]	5'089	5'700	6'109	6'418	6'659	6'849
Total Verbrauch [Nm^3/h]	7'488	7'488	7'488	7'488	7'488	7'488

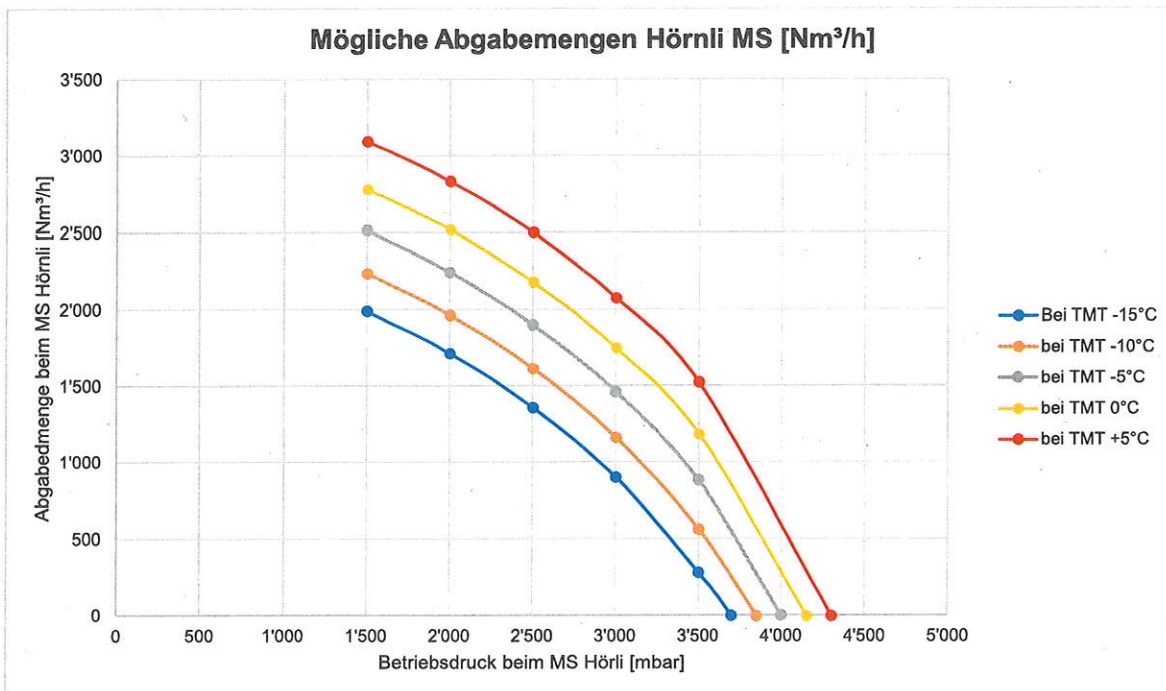
Berechnungen bei 0°C

Restdruck Hörnli Vorgabe	4'150	3'500	3'000	2'500	2'000	1'500
Hörnli MS [Nm³/h]	0	-1'184	-1'752	-2'183	-2'521	-2'786
Frasnacht MS [Nm³/h]	0	0	0	0	0	0
Ennetaach MS [Nm³/h]	2'060	2'425	2'596	2'724	2'824	2'903
Bischofzell Nord HD DRM [Nm³/h]	4'235	5'054	5'452	5'754	5'991	6'178
Total Verbrauch [Nm³/h]	6'295	6'295	6'295	6'295	6'295	6'295

Berechnungen bei 5°C

Restdruck Hörnli Vorgabe	4'300	3'500	3'000	2'500	2'000	1'500
Hörnli MS [Nm³/h]	0	-1'524	-2'079	-2'503	-2'836	-3'098
Frasnacht MS [Nm³/h]	0	0	0	0	0	0
Ennetaach MS [Nm³/h]	1'686	2'166	2'333	2'460	2'559	2'637
Bischofzell Nord HD DRM [Nm³/h]	3'324	4'368	4'756	5'052	5'286	5'471
Total Verbrauch [Nm³/h]	5'010	5'010	5'010	5'010	5'010	5'010

Untenstehende Grafik zeigt die Berechnungsergebnisse in grafischer Form:



Beurteilung Resultate:

Die Resultate können folgendermassen beurteilt werden:

- Der allerletzte Berechnungsfall bei $+5^{\circ}\text{C}$ macht etwas deutlich: Die Kapazität des Netzes ist auf ca. 3'100 Nm^3 bei einem Restdruck von 1.5 bar beschränkt. Der Druck in Kesswil beträgt in diesem Fall noch 3.9 bar!
- Grund dafür ist die sehr lange Astleitung (ca. 12 km) von Kesswil nach Kreuzlingen, welche grossteils in PE 200/164 ausgeführt ist und einen Druckverlust von 2.5 bar verursacht in diesem Fall.
- Bei tieferen Temperaturen sind die möglichen Abgabemengen entsprechend tiefer. Bei -15°C und einem Restdruck von 1.5 bar können noch ca. 2'000 Nm^3/h abgegeben werden.
- Bei entsprechend höheren Übergabedrüken sind die Mengen nochmals deutlich geringer.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben dienen zu können und stehen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

K. Lienhard AG
Ingenieurbüro

GR Georg Schulthess
 Romanshorne Strasse 134
 8280 Kreuzlingen
 georg.schulthess@ziil.ch

4. Mai 2026



Postulat

Herausgabe des Jahresabschlusses der Firma Swisspower AG durch den Anteilseigner Energie Kreuzlingen zum Zwecke der seriösen Prüfung der Rechnung von Energie Kreuzlingen - Transparenz schafft Vertrauen!

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Ich reiche Ihnen gestützt auf Art. 47 der derzeit gültigen Geschäftsordnung des Gemeinderates zuhanden des Stadtrates folgendes Postulat ein:

Begründung

Zur seriösen Prüfung der sehr grossen und entsprechend nicht unbedeutenden Wertberichtigung der Firma Swisspower AG in der traktandierten Rechnung von Energie Kreuzlingen, ist der Einblick in die Jahresrechnung von Swisspower AG notwendig. Der Einblick wird dem Gemeinderat verwehrt mit Hinweis auf Geschäftsgeheimnis:

Zitat Email Stefan Wehrli vom 4. Mai 2026: »Da es sich um interne Geschäftsgeheimnisse handelt, dürfen die Unterlagen zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss nicht weitergegeben werden.«

Die kumulierten **Verluste** der Firma Swisspower betrugen per 30.06.2025 99'089 000 CHF. **99 Millionen Franken!**

Energie Kreuzlingen besitzt eine Beteiligung von gerundet 1.97% an der Firma Swisspower AG.

Firma Swisspower AG, Schweizerhof-Passage 7, 3011 Bern.
 UID CHE-116.186.715.

Die Firma befindet sich zu 100% im Eigentum von mehreren Städtischen Werken der Schweiz, also 100% im Besitz des Steuerzahlers. Es gibt keinen Grund diesen keine Rechenschaft abzulegen. Zumindest ein externer Jahresabschluss könnte man problemlos veröffentlichen.

Es handelt sich also **nicht um ein Detail** der Jahresrechnung 2025 von Energie Kreuzlingen sondern mit einer **Wertberichtigung von 2,15 Mio.** (Bei einer Bilanzsumme von 143 Mio.) um einen wesentlichen Betrag. Für die Prüfung einer Rechnung müssten wesentliche Fehlaussagen geprüft werden können.

Energie Kreuzlingen befindet sich zu 100% im Eigentum der Stadt Kreuzlingen. Die Aufsicht und Rechnungsprüfung hat entsprechend der Gemeinderat der Stadt Kreuzlingen wo das Geschäft «Rechnung» alljährlich traktandiert ist. Es geht hier auch um Zukünftige Rechnungen zum Beispiel die Rechnung 2026. Gemäss Art 17 der Geschäftsreglement des Gemeinderates der Stadt Kreuzlingen vom 2. September 2017 müssen solche Akten herausgegeben werden denn sie stehen im Zusammenhang mit traktandierten Geschäften.

Art. 17
Akteneinsicht

Den Ratsmitgliedern steht ab Zustellung der Einladung das Recht zu, in sämtliche Akten Einsicht zu nehmen, die mit den traktandierten Geschäften in Zusammenhang stehen.

Dazu bitte ich den Stadtrat den Erlass folgender Massnahmen vorzunehmen:

- 1) Zur Verfügung stellen der Jahresrechnung 2025 der Firma Swisspower AG für Mitglieder des Gemeinderates die das wünschen, sowie auch für zukünftige Rechnungen von Energie Kreuzlingen im Zusammenhang mit traktandierten Geschäften des Gemeinderates (Einhalten Art. 17 Akteneinsicht).
- 2) Sollte der Stadtrat diesen widerrechtlich nicht herausgeben, soll die Gemeinderätliche Revisionsgruppe den Sachverhalt prüfen, ob die in der Rechnung der Stadt Kreuzlingen angegebene Wertberichtigung und die Abschreibung der Anteile juristisch und kaufmännisch rechtens sind.
- 3) Sollte die Revisionsgruppe diese Prüfung nicht vornehmen, soll die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats diesen Sachverhalt traktandieren.

Vielen Dank für eine Bereitstellung dieser Akten um der Verantwortung des Gemeinderates zur Prüfung der Rechnung entsprechen zu können.

Georg Schulthess



Kreuzlingen, 7. Mai 2026

Postulat:**Wärmeversorgung Kreuzlingen sichern: Planungssicherheit und Alternativen zur KVA-Abwärme.****1. Wortlaut des Postulats**

Der Stadtrat wird beauftragt, eine umfassende Alternativstrategie zur Sicherstellung der städtischen Wärmeversorgung vorzulegen. Angesichts der aktuellen Unsicherheiten und des angekündigten «Marschhalts» beim Ersatzneubau der KVA Weinfelden (Projekt KVA Thurgau) muss aufgezeigt werden, wie Kreuzlingen die Wärmewende unabhängig von diesem externen Grossprojekt realisieren kann.

Der Bericht soll insbesondere folgende Punkte klären:

- a. **Wirtschaftlichkeit und Effizienz des Fernwärmenetzes:** Es soll aufgezeigt werden, wie ein städtisches Wärmenetz ohne den KVA-Anschluss gegenüber dezentralen Einzellösungen abschneidet. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass moderne Wärmepumpen in den letzten Jahren erhebliche Effizienzsprünge gemacht haben und auch in älteren Gebäuden immer wirtschaftlicher einsetzbar sind. Der Bericht soll klären, welches System unter diesen neuen Vorzeichen langfristig die technisch effizientere Lösung und die kostengünstigste Wärmeversorgung für die Bevölkerung sicherstellt.
- b. **Ausbau der Seewärme:** Es ist detailliert zu evaluieren, ob die Nutzung der thermischen Energie des Bodensees über die bisherigen Planungen (Projekt «See-Energie» im Osten) hinaus skaliert werden kann. Dabei soll geprüft werden, ob die Seewasserthermie als primäre, unabhängige Energiequelle für das gesamte städtische Netz technisch und finanziell sinnvoll eingesetzt werden kann, um die Abhängigkeit von der KVA-Abwärme zu beenden.
- c. **Anpassung der Netzgrösse:** Untersuchung einer bedarfsgerechten Verkleinerung des geplanten Netzes auf Gebiete mit höchster Energiedichte, um die finanzielle Machbarkeit und Effizienz ohne KVA-Anschluss zu erhöhen.
- d. **Betrieb des Wärmenetzes mit Alternativtechnologien:** Prüfung, mit welchen zusätzlichen Wärmeträgern und Technologien das Netz gespeist werden kann. Dabei ist zwischen folgenden Phasen zu unterscheiden:
 - a. **Kurzfristig (Brückenphase, ca. 2026-2040):** Der Einsatz von fossilen Energieträgern soll nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Dabei sind

jedoch die Wirtschaftlichkeit sowie der Einfluss auf das CO₂-Netto-Null-Ziel zu analysieren und die Emissionen auf ein Minimum zu begrenzen.

- b. **Mittel- bis langfristig (Zielphase ab ca. 2040):** Untersuchung CO₂-neutraler Technologien wie Geothermie, Wasserstoff und synthetische Gase auf ihre technische und wirtschaftliche Eignung. Hierbei ist auch das Potenzial zur gekoppelten Stromproduktion (Kraft-Wärme-Kopplung) zu analysieren.
- e. **Investitionssicherheit bis 2040:** Wie stellt die Stadt sicher, dass Hauseigentümer trotz der Unsicherheiten beim KVA-Projekt klare Planungssicherheit für den Heizungsersatz erhalten und nicht in eine technologische Sackgasse geraten?

2. Begründung

Wirtschaftliche Stabilität statt Klumpenrisiko: Die Stadt strebt eine «wirtschaftlich stabile Energieversorgung» sowie die «Diversifizierung der Ressourcen», um die Unabhängigkeit von externen Ereignissen zu erhöhen. Die derzeitige einseitige Fixierung auf die Abwärme der KVA Thurgau widerspricht diesem Grundsatz: Sie stellt ein massives Klumpenrisiko dar. Mit dem im März 2026 verordneten Projektstopp ist die zeitgerechte Realisierung höchst ungewiss. Ohne einen «Plan B» riskiert die Stadt Kreuzlingen Fehlinvestitionen in Millionenhöhe für eine Infrastruktur, der am Ende die primäre Wärmequelle fehlt.

Vermeidung von «Stranded Assets»: Hauseigentümer benötigen heute Gewissheit. Wir wollen «Planungssicherheit» und «faire Energiepreise». Jedes Jahr Verzögerung bei der KVA Weinfelden führt entweder zu einer verlängerten Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen oder zu ineffizienten Einzellösungen. Das Postulat fordert den Stadtrat auf, den Bürgern eine verlässliche Perspektive zu bieten, damit private Investitionen nicht in ökologisch oder ökonomisch untragbare Sackgassen fließen.

Technologische Souveränität als Standortvorteil: Ein Alternativplan ist kein Misstrauensvotum gegen die KVA, sondern eine notwendige Versicherungspolice für unsere Stadt. Die Nutzung des Bodensees als eigene, krisenfeste Ressource sowie die Prüfung von Innovationen wie Wasserstoff und Geothermie bieten die Chance, die energetische Souveränität Kreuzlingens zu stärken. Kreuzlingen muss die Zeit bis 2040 nutzen, um eine eigene, finanziell tragbare Infrastruktur zu entwickeln, die den Zielen der «Energistadt» und der «Netto-Null-Strategie» auch ohne externe Grossprojekte gerecht wird.



Luca Dal Dosso

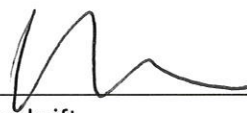
Gemeinderat, GLP

Parlamentarischer Vorstoss – Unterschriftenblatt

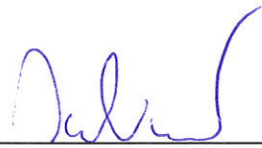
Titel des Vorstosses:

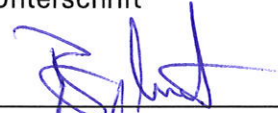
Postulat «Wärmeversorgung Kreuzlingen sichern: Planungssicherheit und Alternativen zur KVA-Abwärme»

Vorstösser / Vorstösserin

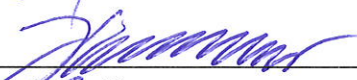
DAL DOSSO LUC A	
Name Vorname	Unterschrift

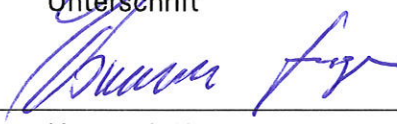
Mitunterzeichner / Mitunterzeichnerinnen

Dal Dossio Eva	
Name Vorname	Unterschrift

Bruno Leitz	
Name Vorname	Unterschrift

Wolffender Urs	
Name Vorname	Unterschrift

Baumann Julian	
Name Vorname	Unterschrift

Doğru Osman	
Name Vorname	Unterschrift

Witzgen Kathrin	
Name Vorname	Unterschrift

Herzog Buedi	
Name Vorname	Unterschrift

Unterschiedler Charis
Name Vorname Unterschrift

Hebeisen Andreas
Name Vorname Unterschrift

Schläfli Gabriela
Name Vorname Unterschrift

Herzog Fabienne
Name Vorname Unterschrift

Brühwiler Simon
Name Vorname Unterschrift

Sawo Sarah
Name Vorname Unterschrift

Merk Beni
Name Vorname Unterschrift

Kaeslin Edgar
Name Vorname Unterschrift

Duber Brun
Name Vorname Unterschrift

Leuch Thomas
Name Vorname Unterschrift

Be Nissa Ornina
Name Vorname Unterschrift

Wiedl Regula
Name Vorname Unterschrift

Semeraro Monika
Name Vorname Unterschrift

Riberi Florio
Name Vorname Unterschrift

Schiess Esther

Z. K.

René Knöpfli

RK

Brändli Christian
Brändli Ana

AB
A. Brändli

Georg Schulten

Ramona Zille

RZ

Rüegges Markus

MR

Bitschnau Sunniva

S. Bitschnau